Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionspreis beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 30 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 263 Halle a. S., Mittwoch, den 9. November 1898. 9. Jahrg.

Tagesgeschichte.

„Aus dem Leben des Adels." So lautet die Rubrik, in welcher das Deutsche Adelsblatt die amtlichen Mitteilungen über Ernennungen und Beförderungen von adligen Beamten zusammenfaßt. Auch Ordensverleihungen, Jubiläen, Referendariatsprüfungen, Verlobungen, Todesfälle und andere adlige Katastrophen werden in dieser Rubrik gebucht. Gerichtliche Verurteilungen von adligen Erpressern, Betrügern und ähnlichen Standesgenossen haben wir dagegen, so bemerkt etwas boshaft die Berliner Volksztg., noch nicht darin gefunden. Für die sittengeschichtliche Statistik des Adels ist also die Rubrik in ihrer Einseitigkeit nicht zu gebrauchen. Wir machen das Deutsche Adelsblatt im Interesse der Wissenschaft, im besonderen der Soziologie, auf diese Lücke aufmerksam in der Erwartung, daß es nur dieses Hinweises aus Abonnentenkreisen bedarf, um den gerügten Mangel alsbald abgeholfen zu sehen.

Michel, zahle. Kostspielige Eisenbahnbauten für alle deutschen Kolonien scheinen im neuen Reichshaushaltsetat geplant zu sein. Allein für die Fortführung der Eisenbahn in Deutsch-Südwestafrika bis nach Windhoek, etwa 330 Kilometer von der Küste, sollen nach dem Hannov. Cour. im neuen Etat 7 Millionen Mark gefordert werden. Es wird noch toller kommen.

Erst der Profit, dann die Bahnbeamten. Die Nordd. Allgem. Ztg. „warnt" vor der „allzu starken Inanspruchnahme der Eisenbahnüberschüsse zur Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter, zur Ermäßigung der Tarife rc., da das „gesamte finanzielle Wohl und Wehe des preußischen Staates sich um die Eisenbahnen drehe". Die Befriedigung aller derartigen Wünsche durch die Eisenbahnüberschüsse würde zum finanziellen Zusammenbruch führen. — Für Kulturzwecke ist kein Geld da, wohl aber für Militär und Marine.

Bei der Reichstags-Ersatzwahl in Schaumburg-Lippe muß eine Stichwahl stattfinden zwischen dem freisinnigen Landgerichtsrat a. D. Müller in Berlin und dem konservativen Herrn Strosser. Die Sozialdemokratie kann für Müller, der bei den Landtagswahlen für Halle und den Saalkreis und bei den letzten Reichstagswahlen für Delitzsch-Bitterfeld kandidierte, den Ausschlag geben.

Liebesdienste an die Agrarier leistet die Regierung in Ostelbien geradezu ungezählt. So haben jetzt wieder die königlichen Regierungen zu Posen und Bromberg die Landräte und Kreisschulinspektoren ermächtigt, überall dort, „wo es notwendig ist", die Herbstferien um acht Tage zu verlängern, damit die Schulkinder bei der Kartoffel- und Rübenernte mithelfen können.

Daß es „notwendig" sein wird, bedarf ja gar keiner Frage, denn was ist nicht notwendig, was dem Ostelbier Profit einbringen könnte! Und einen besseren Profit kann er doch nicht haben, als wenn er durch mangelhafte Behandlung die „Leute-Not" verursacht und die billigen Kinderhände von der Regierung kaltlächelnd zur Verfügung gestellt bekommt.

Agrarisches Zugeständnis. Bekanntlich leugnen die agrarischen Blätter auch jetzt noch das Bestehen einer anhaltenden Fleischteuerung. Oder wenn sie diese unverfrorenen Leugnungsversuche nicht mehr aufrecht erhalten können, dann schieben sie die Schuld auf die Fleischer und Zwischenhändler und sagen, wenn die Großgrundbesitzer selbst den Schlachtbetrieb in die Hand nehmen könnten, dann wäre die Fleischteuerung sofort zu Ende. Nun wohl! In Rosenberg (Westpreußen) besteht eine große „Schlächterei vereinigter Landwirte". Sie hat soeben ein neues Preisverzeichnis herausgegeben. Die Herren v. Dewitz genannt v. Krebs, Rugenstein, Graf v. Gröben-Ludwigsdorf und v. Hindenburg-Neudeck empfehlen darin die Produkte ihrer genossenschaftl. Schlächterei zu Preisen, für die dieselbe Ware selbst in Berlin trotz der höheren Abgaben, Löhne, Lademiete rc. in jedem Geschäft zu haben ist. Und was bemerken die Herren in ihrer Anschrift an ihre Kunden und solche, die es werden wollen? Sie bemerken wörtlich:

„Infolge der **anhaltend hohen** Schweinepreise mußten auch wir **notgedrungen** einen kleinen Aufschlag eintreten lassen."

Wollen die agrarischen Blätter nun auch noch leugnen, daß die Schweinepreise „anhaltend hoch" sind, oder werden sie weiterhin behaupten, die Preise seien normal; es existiere keine Fleischnot; die deutsche Landwirtschaft könne den Fleischbedarf aus sich heraus decken? Warum müssen denn „notgedrungen" die Herren von Rosenberg die Preise aufschlagen, da doch von ihnen der Zwischenhandel „ausgeschaltet" worden ist, der nach der Behauptung der agrarischen Presse, abgesehen von den „profitwütigen" Schlächtern, allein die Fleischpreise unnatürlich steigern soll? Das Zirkular bestätigt,

1. daß eine Fleischteuerung besteht,
2. daß eine anhaltende Fleischteuerung besteht,
3. daß sie selbst im Großbetriebe zu einem Preisaufschlage führt.
4. daß der Preisaufschlag auch da von landwirtschaftlicher Seite beliebt wird, wo der „Mittelstand" als erwerbende Zwischeninstanz vernichtet und der Zwischenhandel ausgeschaltet wird. (Denn wenn die Landwirte in weiterem Umfange zur Gründung von Genossenschaftsschlächtereien schreiten, so vernichten sie, die „Handwerkerfreunde", die selbständigen mittleren und kleinen Schlächtereibetriebe, sowie die mittleren und kleinen Viehhändler.)

Eine weitere Beeinträchtigung des „Mittelstandes", dessen Erhaltung sonst mit vielen wohlfeilen Phrasen von den reaktionären Organen als „wahrhaft konservative" Politik bezeichnet wird, ist bedingt durch die Ausdehnung des Versandgeschäfts, das die großgrundbesitzerliche Schlächterei in Rosenberg betreibt. Für gewöhnlich können die agrarischen Blätter nicht hitzig genug gegen die Versandgeschäfte eifern, durch welche dem gewerblichen Mittelstand in den mittleren und kleinen Städten eine empfindliche Schädigung erwachse. Die Rosenberger Engros-Schlächterei und Wurstfabrikation verschickt unter der Regide der vorher genannten Verfasser der Preisliste ihre Fleischwaren nach allen Teilen Deutschlands, nach Baiern, Württemberg, der Rheinprovinz; sogar in Schleswig mit seiner eigenen hervorragenden Viehzucht haben die Herren von Rosenberg eine gute Kundin in der Person der Frau des Oberpräsidenten und Staatsministers von Köller.

Die Grenzsperre bleibt! Konferenzen über Konferenzen in betreff der Grenzsperre und der Fleischpreise veranstaltet in Oberschlesien die Regierung, zur geringsten praktischen That jedoch hat sie, den Drohungen der Agrarier gegenüber, keinen Mut. Von einer jüngst in Sosnowice (Russ. Polen) abgehaltenen Konferenz einiger Regierungsvertreter heißt es nach bekannter Weise: „Endgiltige Beschlüsse sind nicht gefaßt worden, doch werden die dort ausgesprochenen Wünsche an zuständiger Stelle unterbreitet werden." Zu deutsch: es bleibt alles beim alten, der Industrie-Arbeiter braucht kein billiges Schweinefleisch, die Agrarier dagegen brauchen hohe Fleischpreise.

Magistrat und Postfiskus. Der Breslauer Magistrat hatte im vorigen Jahre gegen den Postfiskus eine Klage angestrengt, um im Prinzip darüber Gewißheit zu haben, ob die Post berechtigt ist, ohne Einholung einer Erlaubnis der städtischen Behörden Telephondrähte über die Straßen zu spannen. Der Prozeß wurde im Dezember vorigen Jahres zu gunsten der Stadt entschieden. In diesen Tagen hat nun die dortige Oberpostdirektion an alle Kaufleute, welche Fernsprechanschluß haben, ein Zirkular gerichtet, worin die Interessenten aufgefordert werden, bis zum 26. November cr. die Erlaubnis des Magistrats zur Anlage von Telephonen zu beschaffen. Wenn diese Erlaubnis nicht bis zu jenem Termin beigebracht wird, so solle der Telephonanschluß aufgehoben werden. Natürlich sind die Kaufleute in einer prekären Lage. Sie können in der kurzen Zeit kaum in dem Besitz der Genehmigung sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch dies Vorgehen der Postbehörde, welches einer Schikane sehr ähnlich sieht, der Verkehr eine schwere Schädigung erfahren wird. Bei der Hartnäckigkeit, mit welcher der Postfiskus — man erinnere sich an einen ähnlichen Konflikt in Königsberg i. Pr. — derartige Verfügungen aufrecht erhält, ist es noch gar nicht abzusehen, wann diese Störung des Verkehrslebens beseitigt sein wird. Die hiesige Geschäftswelt ist in Aufregung. Die Kaufmannschaft hat bereits Schritte gethan, um an zuständiger Stelle gegen die Maßnahmen der Postbehörde vorstellig zu werden.

Fitute und Bibel. Münchener Blätter teilen verwundert mit, für eine neue katholische Kirche sei ein Militärkanwärter als Meßner angestellt worden; alle Nichtmilitärkanwärter, darunter ein abgedienter Meßner mit bester Qualifikation, wurden ausgeschlossen. Was ist denn da Seltsames daran? Nachdem ein Zentrumsführer im Reichstag gesagt hat, der Unteroffizier sei der Stellvertreter Gottes, und ein Hofprediger den Militärdienst einen Gottesdienst nannte, ist nicht einzusehen, warum der zu allem qualifizierte Militärkanwärter nicht auch der berufenste Mann für den Meßnerdienst sein soll. Aeltere und bessere Anrechte können dabei doch überhaupt nie in Frage kommen, wenn es sich um den Zivilversorgungsschein handelt.

Abermals verweigert wurde dem Reichsgerichtsrat Spahn, der in Aachen zum Landtagsabgeordneten gewählt worden ist, der Urlaub zur Wahrnehmung seines Mandats. Er kann darum letzteres nicht annehmen.

Großproduktion in Majestätsbeleidigungs-Prozessen. Zum Feldzug gegen den Simplicissimus schreibt die Welt am Montag, daß es sich nicht nur um die letzten zwei Nummern dieses Blattes sondern um etwa **zwanzig Majestätsbeleidigungen** in den beschlagnahmten und vorhergehenden Nummern handle. Also auch auf dem Gebiete der Verfolgung wegen Majestätsbeleidigung verdrängt die Großproduktion den Kleinbetrieb. — Daß ein sächsischer Untersuchungsrichter nach München gesetzt worden ist, um daselbst die Untersuchung gegen den Simplicissimus zu führen und daß dadurch die bairischen Gerichte völlig außer Dienst gestellt sind, hat in Baiern große Erregung hervorgerufen und an die Prophezeiung Bollmars erinnert, daß Baiern bald eine preußische Provinz werden würde, wenn es so „selbständig" weiter regiere. Selbst Blätter, wie die Augsb. Postztg., halten den Zustand für unerträglich. Ja, ja, ihr Baiern! Man wird euch schon noch norddeutsche Schneid' beibringen!

Wegen Kaiserbeleidigung hatte sich am Montag der Arbeiter Hans Neumann in Berlin zu verantworten. Er hatte eines Abends, nachdem er 12 Glas Bier getrunken, auf der Straße gerufen: „Ach was! Ich bin Italiener!" Ein Ehepaar hörte diese Aeußerung und Neumann knüpfte daran weiter eine als Majestätsbeleidigung aufgefaßte Bemerkung. Im Termin vor Gericht erklärte Neumann; wenn er die Aeußerung gethan, was er nicht wisse, so habe er wahrscheinlich ein lautes Selbstgespräch geführt. Die Absicht, eine Majestätsbeleidigung auszustoßen, habe ihm völlig fern gelegen. Der Gerichtshof hatte die Angaben des Angeklagten nicht für widerlegt erachtet und deshalb ein freisprechendes Urteil gefällt.

Wegen Kaiserbeleidigung hatte sich in Schweidnitz der Böttcher Konrad Zinicker zu verantworten. Anfang September war Zinicker beim Betteln betroffen und festgenommen worden. In der Gefängniszelle machte er sich einer Beleidigung des deutschen Kaisers schuldig und außerdem beleidigte er die Polizeibehörde. Die Beleidigung muß wohl nicht sehr schwer gewesen sein, denn das Gericht verurteilte ihn wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Freiburger Polizeibehörde zu 2 Monaten 3 Tagen Gefängnis.

Ausland.

Oestreich. In Graz beschloß eine Vertrauensmänner-Versammlung der Deutschen Volkspartei, die energische Aufforderung an die Abgeordneten zu richten, in die schärfste Obstruktion wieder einzutreten und sich in keinerlei Verhandlungen mit den Parteien einzulassen. (Unter Obstruktion versteht man in der Politik die Taktik, durch Reden, Anträge und allerlei andere Maßnahmen den Fortgang der Beratungen zu hemmen und unfruchtbar zu machen.)

Asien. Der chinesische Kaiser nicht tot. Ueber das Befinden des chinesischen Kaisers, den seine Adoptivmutter, die Kaiserin-Witwe, wieder von der Ausübung der Herrschaft verdrängt hatte, waren allerlei Gerüchte im Umlauf. Es hieß, er sei schwer krank, ja er sei ums Leben gebracht worden. Als aber dieser Tage der japanische Gesandte der Kaiserin-Mutter und dem Kaiser hohe Orden überbrachte, stand der Kaiser auf einer Stufe des Thrones und verlas eine Dankrede.

Soziales.

— **Die Errichtung des Berliner Arbeitersekretariats** macht denen um Stumm arge Sorgen. Wie jede Schöpfung der Arbeiter von den Scharfmachern und ihren Handlangern verunglimpft wird, so natürlich auch diese Einrichtung der Berliner Arbeiter. Der große Schleifstein, die Post, schildert das Unternehmen wie folgt: „Nach Verlautbarungen sollen die sozialdemokratisch gewerkschaftlich organisierten 57000 Arbeiter Berlins vierteljährlich „nur" 10 Pf. beisteuern, um 20000 M. aufzubringen, auf welchen Betrag man die Kosten des Arbeitersekretariats vorläufig einschätzt. Dieses soll in drei Abteilungen zerfallen, für deren jede ein Sekretär — selbstverständlich ein in der Agitation „verdienter" Genosse — mit 2000 M. angestellt werden soll. Eine Abteilung soll die „rein gewerkschaftlichen" Angelegenheiten, d. h. die Streikhetzerei betreiben, die zweite „Auskunft" über die sozialpolitische Gesetzgebung, die dritte Belehrung über zivilrechtliche Angelegenheiten erteilen. Alle drei sollen also die Unzufriedenheit nach Kräften schüren."

Die ganze niedrige Gesinnung gegen die Arbeiterbewegung kommt in dieser Darstellung wieder voll zur Geltung. Jedes Streben der Arbeiter, sich gegen das Herabdrücken der Löhne im Gewerbe zu schützen, erregt die Wut dieser Unternehmer-clique, weil sie in ihrer Profithaicherei sich beeinträchtigt sieht. Die Förderung der Aufgaben, die Arbeiter zu schützen gegen unberechtigte Ansprüche der Unternehmer, ihnen in den Kämpfen um ihr Recht, sowie in ihren Ansprüchen innerhalb der Versicherungsgesetze zur Seite zu stehen, ist diesem wütenden Unternehmerorgan ein geeigneter Anlaß, seinem ganzen Haß gegen die Arbeiter Ausdruck zu geben.

— **Die Sonntagsruhe im Kürschnergewerbe** wird weiter eingeschränkt. Der Bundesrat hat einer Eingabe des Vereins deutscher Kürschner entsprechend bestimmt, daß für die Kürschner an Stelle der bisherigen vier fortan

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218981109-15/fragment/page=0001

sechs Sonntage im Jahre für die erweiterte Arbeitszeit freigegeben werden. Die Verordnung soll sofort in Kraft treten. Daß man über die Notwendigkeit dieser Maßregel, an der auch die Arbeiter beteiligt sind, diese um Rat gefragt hat, glauben wir nach dem herrschenden Kurse bezweifeln zu können.

— **Die Klagen der rheinischen Großindustriellen** gegen die vielen Festlichkeiten im Rheinland werden treffend illustriert durch den dieser Tage von der **Arenberger Bergbau-Aktien-Gesellschaft** für ihre Aktionäre herausgegebenen Bericht der Monate Januar—September d. J.; es heißt da:

„Die Förderung hat sich, wie Sie sehen, wiederum gehoben, die Steigerung — von 928 077 auf 944 245 Tons — würde aber noch erheblicher gewesen sein, wenn nicht von einem großen Teil unserer Belegschaft bei den guten Lohnverhältnissen — 4,12 M. im Durchschnitt pro Tag — so oft willkürlich gefeiert worden wäre. So können wir Ihnen mitteilen, daß von unsern Arbeitern unter Tage im ersten Semester dieses Jahres 15 508 Schichten mit einem Lohnausfall von 63 926,03 M. nicht verfahren wurden und erhellt hieraus am besten der wirtschaftliche Schaden der vielen Festlichkeiten, welche meistens die Veranlassung zum Feiern sind."

Dagegen heißt es am Eingange desselben Berichts:

„Die außerordentliche Inanspruchnahme aller Kräfte in der Kohlenindustrie Rheinlands und Westfalens zu Ende des vorigen Jahres machte in den ersten Monaten des laufenden Jahres einem vorübergehenden Rückschlage in der Beschäftigung Platz, was zur Veranlassung hatte, daß wir in den Monaten Januar, Februar und März auf Schacht I 6 und auf Schacht II 7 Feierschichten einlegen mußten."

Da nach dem vorjährigen Geschäftsbericht auf den beiden Schächten täglich in ca. 4500 Schichten gearbeitet wurde, so entstand — unter Zugrundelegung dieser Ziffern — durch das gezwungene Feiern ein Schichtenausfall von ca. 30 000 und den Arbeitern ein wirtschaftlicher Schaden von circa 120—130 000 M.

Wenn es also die schwache Marktlage — hervorgerufen durch eine unsinnige Ueberproduktion — erfordert, dann müssen die Arbeiter einen doppelt so hohen wirtschaftlichen Schaden über sich ergehen lassen, als wenn sie selbst einmal sich einen Feiertag erlauben.

Dieses Stöhnen über den Schaden, welchen die Arbeiter haben können, steht am allerwenigsten einer Gesellschaft gut an, welche mit Hilfe dieser Arbeiter ihren Aktionären eine Dividende van 60 Proz. zahlt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Vom Reichsgericht verworfen** wurde die Revision des Genossen Redakteur Emil Meyer in Halberstadt gegen das Urteil des Landgerichtes vom 22. Juni, durch welches derselbe wegen Beleidigung der Potsdamer Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

§ **Zeugniszwang in Magdeburg.** Vor einiger Zeit gab die Magdeburger Volksstimme eine kleine Geschichte wieder, die in Bagdad spielte. Fragliche Nummer wurde nach ca. sieben Wochen beschlagnahmt und Genosse Müller, der verantwortliche Redakteur, wegen Beleidigung des deutschen Kaisers sowie eines Mitgliedes des königlichen Hauses angeklagt. Zur Ermittelung der Thäterschaft war auch Genosse Schmidt als Zeuge geladen, der aber in zwei Vernehmungen die Auskunft verweigerte. Die Verweigerung stützt sich auf § 54 der Strafprozeßordnung, wonach jeder Zeuge Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung ihm die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuzieht. Genosse Schmidt, zum drittenmale geladen, beharrte trotz eingehender Verwarnung auf seiner Weigerung und wurde nunmehr in die durch die Weigerung entstandenen Kosten sowie zu 300 M. Geldstrafe, und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, zu sechs Wochen Haft verurteilt. Die Strafe wurde vom Untersuchungsrichter verhängt. Berufung gegen dieses Urteil wird eingelegt. Auffällig ist, daß gegen Schmidt die höchste zulässige Strafe erkannt ist, während das Gesetz nur eine Strafe „bis zu 300 Mark" oder Haft „bis zu 6 Wochen" vorsieht.

§ Der Maurer **Feilenberger** in Großenhain, der das Verbrechen begangen hatte, anläßlich des Maurerstreiks einige Streikbrecher zu hindern, ihren ausständigen Kollegen in den Rücken zu fallen, wurde kürzlich, nachdem er seit 1. September in Untersuchungshaft gesessen hat, wie ein Verbrecher an einer Hand gefesselt nach Dresden transportiert. — Am Mittwoch wurde der Maurer Seibt zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil er während des Maurerstreiks den Maurer Hänike beleidigt und gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen haben soll. Allgemeine Verwunderung erregte es, daß wegen einer einfachen Beleidigung, die sonst das Schöffengericht mit ein paar Mark Geldstrafe abthut, 14 Tage Gefängnis ausgesprochen wurden.

Parteinachrichten.

— **Parteizwistigkeiten in Dortmund.** Die Dresdener Arbeiter Ztg. schreibt: Lütgenau hat sich, wie es scheint, hinter eine Anzahl Parteigenossen gesteckt, die noch vom Glanze des „Akademikers" geblendet sind und sich in einer durch diese arrangierten Versammlung ein Vertrauensvotum ausstellen lassen. Jedenfalls kennen die dortigen Genossen Lütgenau nicht so, wie er sich z. B. hier bei seinen Agitationstouren gezeigt hat, sonst würde das Votum wohl nicht so viel Anklang gefunden haben. — Die Kündigung seiner Stellung erfolgte schon im August und zwar weil Lütgenau zu lässig in seiner redaktionellen Thätigkeit geworden war.

— **Gabriel Löwenstein** in Nürnberg, unser verdienter alter Parteigenosse, feierte gestern seinen 74. Geburtstag. Seit 6 Jahren ist er bairischer Landtagsabgeordneter, seit 30 Jahren Vorkämpfer für die Interessen des arbeitenden Volkes. Seinen Geburtstag feiert er diesmal im Gefängnis, wo er gegenwärtig 2½ Monate abzusitzen hat wegen Beleidigung des hochwohllöblichen freisinnig-nationalliberalen Nürnberger Magistrats, den er, der beste Kenner der bairischen Gemeindepolitik, in der Fränk. Tagespost jahrelang heftig befehdet hat. Wir wünschen dem alten Kämpfer, daß er trotz seines hohen Alters die Gefängnisstrafe gesund überstehen und mit frischen Kräften in die Freiheit zurückkehren möge, um frisch und fröhlich weiter zu kämpfen für die alten Ziele.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 8. November 1898.

* **Fünf öffentliche Versammlungen der Fabrik- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen finden Mittwoch abend in folgenden Lokalen statt:**

im Händelpark, Nikolaistraße,
in Zahns Restaurant, Martinsberg,
in der Moritzburg, Harz,
im Letzten Dreier, Merseburgerstraße,
im Glauchaer Schützenhause, Lerchenfeldstraße.

Ueber die Tagesordnung giebt die im Inseratenteile vorliegender Nummer enthaltene Annonce Auskunft.

* **Zur Auflösung der hiesigen Zahlstelle** des Verbandes deutscher Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gehen uns noch folgende Mitteilungen zu. Bei der vor einigen Wochen erfolgten Vernehmung der Vorstandsmitglieder wurden folgende fünf Punkte als gesetzwidrig den Vernommenen vorgehalten: **Erstens** sollte in der Versammlung am 9. Juli, in welcher über die Abhaltung eines Vereinsvergnügens beraten wurde, gefragt worden sein, ob mit dem Wirte des Lokals, in dem das Vergnügen stattfinden sollte, eine Vereinbarung dahin getroffen sei, daß er während des Vergnügens die Bedienung durch organisierte Kellner vornehmen lasse. **Zweitens** sei in einer Versammlung davon gesprochen worden, daß die älteren Kernmacher in der Formerei von Jacobi nur 35 Pf., die jüngeren aber 36 Pf. Stundenlohn erhalten. **Drittens** habe in einem Bericht des Verbandsorgans gestanden, in einer Versammlung nach der Reichstagswahl sei ein Hoch auf den sozialdemokratischen Wahlsieg ausgebracht worden. **Viertens** sei der Verein durch Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell mit diesem in unerlaubte Verbindung getreten, und **fünftens** — Schreck laß nach! — waren **vor** einer Vereinsversammlung auf die Tische im Vereinszimmer sozialdemokratische Flugblätter gelegt worden. — Das ist alles! Mehr hat selbst die Polizei nicht finden können! Die fünf Verbrechen nennen, heißt, sie dem allgemeinen Gelächter preisgeben. Nun, die „aufgelösten" Vereinsmitglieder werden sich ihrer Haut wehren, und da nach § 16 des Vereinsgesetzes die Polizei verpflichtet ist, binnen 48 Stunden nach Schließung eines Vereins der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten von den Gesetzwidrigkeiten, die ihr zur Schließung Anlaß gegeben haben, da ferner innerhalb weiterer acht Tage entweder die Auflösung wieder aufzuheben bezw. die Voruntersuchung anzuordnen ist, so wird sich ja bald herausstellen, wie die Polizeithat enden wird. Vorläufig muß von allen Fabrikarbeitern erwartet werden, daß ihr Solidaritätsgefühl und das Bewußtsein, daß ihr wichtiges Recht, sich zu Vereinen zusammenzuschließen, schwer bedroht ist, sie dazu führt, die für heute und morgen anberaumten Versammlungen stark zu besuchen. Dann äußert sich vielleicht auch die neueste Polizeithat auf dem Gebiete des Vereinsgesetzes als Teil von jener Kraft, die zwar die Auflösung will, aber die Aufrüttelung aller noch Indifferenten schafft.

* **Von der bürgerlichen Fleischbörse.** Im Inseratenteile des Amtsblattes unseres Magistrats, des General-Anzeigers, und zwar direkt über den amtlichen Bekanntmachungen und in gleicher Breite wie diese befindet sich folgendes Inserat:

Suche als **Verwandter des Chefs** einer
Millionenfirma
denselben entsprechend seinem Vermögen zu
verehelichen.
Genannter ist 30 Jahre alt und erleichtern dessen Vorzüge in jeder Beziehung dem
Vermittler
die Aufgabe außerordentlich.
Es wollen sich nur Vermittler melden, welche derart eingeführt sind, daß **Erfolg zweifellos.**
Damen **ohne** größere Verwandtschaft bevorzugt.
Offerten unter **F. St. 242** an **Rudolf Mosse.**

Es ist schon was Erhebendes um die keusche Geschäftsliebe der bürgerlichen Kreise, und ebenso erhebend ist die moralische Entrüstung, mit der bürgerliche Soldschreiber von der freien Liebe reden, die sie der Sozialdemokratie andichten, selbst aber im weitesten Maße üben. Ehrlicher und moralischer ist fürwahr die Dirne, die sich an jeden gegen Bezahlung hingiebt, als jene im Schleier zum Altar tretende Millionärin, die ihre Millionen mit denen ihres Mannes verkuppelt. **Diese** Prostitution ist die widerlichste.

* **Weiter nichts als lahme Ausreden** weiß der Centralanzeiger der Briefkastennotiz des Volksblattes, die seinen Auflageschwindel annagelte, entgegenzusetzen. Seine gestern abend erschienene Nummer enthält nämlich eine Briefkastennotiz, die das trügerische Spiel durch Verwechslung der Begriffe **Auflage** und **Abonnentenzahl** fortsetzt, sich aber wohlweislich hütet, die wirkliche Abonnentenzahl anzugeben. Ein Revisor sei „ganz paff" gewesen, als er die hohe Abonnentenziffer erfahren habe, und jeder könne sich bei Versendung der Postauflage von der Größe derselben überzeugen, auch werde die Expedition gern Einsicht in die Versand-Abonnentenliste gewähren. So viel Sätze, so viel Winkelzüge! Der Centralanzeiger hat vorige Woche mehrmals bekannt gegeben, seine **Auflage** betrage „heute" 36 100 Exemplare. Wir haben ihm darauf zugerufen: Du **schwindelst**, wenn Du damit die Leser glauben machen willst, die **Zahl Deiner Abonnenten** betrage 36 100. Statt daß das Blatt nun einfach erklärt: Wir **haben** 36 100 Abonnenten, gefällt es sich in nichtssagenden Ausflüchten. Wir wiederholen darum: Entweder erklärt der Zentralanzeiger nun klipp und klar, daß seine Abonnentenzahl so groß ist, wie die angegebene Höhe der Auflage oder es bleibt der Vorwurf, er habe geschwindelt, auf ihm sitzen. Heraus mit der Sprache!

* **Vermehrung der Garnison.** Wie die Saale-Ztg. erneut berichtet, soll behufs Herverlegung eines Regimentes Feldartillerie ein Terrain von 100 Morgen zwischen Diemitz und Reideburg angekauft worden sein.

* **Aus der Saale gezogen** wurde Montag mittag bei der Steinmühle vor dem Mühlrechen die Leiche eines noch ziemlich jungen Mannes, der mit grauem Anzuge, Stiefeletten, Vorhemdchen und blaukarriertem Schlips bekleidet war. Die Leiche mag schon längere Zeit im Wasser gelegen haben; denn das Gesicht war mit Schlamm überzogen. An der Stirn wies die Leiche eine Schußwunde auf. Den Händen nach gehörte der Unglückliche dem Kaufmanns- oder Schreiberstande an.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Am Mittwoch gelangt nochmals der unverwüstliche Schwank „Im weißen Rößl" in Verbindung mit dem Ballett „Wiener Walzer" zur Aufführung. Das Schauspiel bereitet für Donnerstag (zu Schillers Geburtstag) „Kabale und Liebe" vor, während in der Oper Karl Goldmarks „Königin von Saba" für Freitag in Aussicht genommen ist.

* **Aus dem Bureau des Thaliatheaters.** Im Thaliatheater fand die Sonntags-Wiederholung des so erfolgreichen Zugstückes „Sein Trick" abermals vor total ausverkauftem Hause statt. Die Heiterkeitsausbrüche des Publikums waren derart, daß die Darsteller genötigt waren, den Dialog stellenweise zu unterbrechen, bis sich das Publikum wieder beruhigt hatte. Unter diesen Umständen wird man es begreiflich finden, wenn das Wochen-Repertoir hauptsächlich von „Sein Trick" beherrscht wird; die lustige Novität wird Dienstag, Donnerstag und Sonnabend wiederholt. Mittwoch findet die dreizehnte Aufführung der Logenbrüder statt. Für kommenden Sonntag wird abermals eine lustige Novität, Die Strohwitwe", vorbereitet.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche 47 Personen und zwar an: Krämpfen 4, Lebensschwäche 3, Lungenschwindsucht 3, Scharlach 8, Leberkrebs 1, Atrophie 1, Brightscher Nierenkrankheit 1, Lungenerweiterung 1, Hirnhautentzündung 1, Blutvergiftung 1, Magenkrebs 1, Diphtherie 1, Lues hereditaria 1, Unterleibsquetschung 1, Myocarditis 1, Lungenentzündung 1, Gehirnembolie 1, Urämie 1, Lungenlähmung 1, Luftröhrenkatarrh 1, Herzklappenfehler 1, Nierenentzündung 1, Altersbrand 1, Magendarmkatarrh 3, Lungenkatarrh 1, Herzschlag 1, Beckenbruch 1, Gehirnblutung 1, Darmverschluß 1, Gehirnentzündung 1, Unterleibstyphus 1. — Darunter befinden sich 13 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

Giebichenstein. Zu der am Dienstag, den 15. November cr., nachmittags 5 Uhr im Gasthof zum Mohr stattfindenden Gemeinderats-Sitzung stehen folgende Punkte zur Verhandlung. 1. Neuwahl eines Schöffen. 2. Genehmigung des Nachtrags zu dem Vertrage mit der Halleschen Straßenbahn. 3. Beschlußfassung über die Veräußerung des Restes des eingezogenen Wirtschaftsweges von der Zeitener nach der Gneisenaustraße. 4. Antrag auf Erwerb von Gemeinde-Terrain in der Burgstraße. 5. Anderweite

Der Spitzel.

37] Roman von F. Bouvier.

(Nachdruck verboten.)

Hier gedachte Sapertasch abzugehen, wurde aber 1851 Sekondeleutnant bei Satory, da er sich durch die Kraft seiner Lungen auszeichnete, als er schrie: „Der Kaiser hoch!" Im Jahre 1852 wurde er Leutnant und während des Krimkrieges wurde er zum Hauptmann ernannt ...

Er wollte den Feldzug nach Italien mitmachen, aber die Krankheit erfaßte ihn unterwegs und so blieb er in Mailand beim Krankentransport.

Nichtsdestoweniger erhielt er das Offizierskreuz der Ehrenlegion, da er, obschon nur krank, aus Versehen als „schwer verwundet" geführt wurde, und vier Tage nach Solferino, immer im Hospital, seinen Abschied.

„Welch' großartige Regierung! Was für ein Mann! Seien Sie krank, seien Sie im Kampf, seien Sie gleichviel wo, sie vergißt Sie niemals ... Ach, welch' ein Mann!"

Als dann 1871 unsere Niederlage kam, welche der Hauptmann einzig und allein unseren Waffen von zu großer Tragfähigkeit zuschrieb:

„Ich habe es immer gesagt! Ich habe es immer gesagt! Das schießt weit, aber trifft niemanden ..."

Und dann der Untergang des Kaiserreichs, da wurde der Hauptmann verflucht gescheit und sagte:

„Er ist besiegt, Frankreich ist verloren ... Er ist seinen Namen nicht wert, den er trägt ... Es ist aus mit ihm ... Ich bin vor allem Franzose!"

Er schrieb nun an die Regierung der Nationalverteidigung, sagte, daß er ein alter Soldat und an seine Arbeit gewöhnt sei und daß, wenn man die Salongenerale, die heute kommandierten, bei Seite lassen und ihm ein Armeekorps mit alten Waffen und alten Uniformen anvertrauen wolle, er nur vierzehn Tage verlange, um die Preußen wieder nach Hause zu jagen.

Seine Nichte wollte den Brief nach seinem Diktat schreiben, weil sie wußte, daß ihr Onkel eine spezielle Orthographie habe, die denen, welche den Brief lasen, wenig vertrauenerweckend vorkommen konnte, aber der Hauptmann wollte nicht. Fräulein Eva hatte ihm in diskreter Weise den Grund angedeutet, aber der Hauptmann wurde heftig und sagte:

„Ja, ja, Eure Offiziere von heute, welche aus der Kriegsschule und vom Polytechnikum kommen, wissen noch nicht einmal eine Patronentasche abzureiben, sie kaufen die Wichse gleich fertig ... ja, ja das weiß mit der Orthographie Bescheid, aber nicht mit dem Kriege. Kannte etwa der Kaiser Napoleon die Orthographie?"

„Aber gewiß, lieber Onkel," antwortete Fräulein Eva.

„Was heißt gewiß? Er kannte ... so lügt also meine Zeitung, lügt die Geschichte, da man doch sagt, daß er oftmals keine richtige Orthographie anwandte!"

„Nun, das ist wahr. Bei einem flammenden Gedanken achtete er manchmal nicht darauf."

Der Hauptmann wurde doch verlegen, erhielt aber bald seine Fassung wieder und meinte:

„Desto besser .... Er kannte die Orthographie und wandte sie nicht an, das ist der beste Beweis, daß sie vollständig unnütz ist."

Er schickte seinen Brief ab, erhielt aber keine Antwort. Von da ab haßte er die Republikaner. Fräulein Eva sagte zwar, daß sie sehr glücklich sei, daß man seine Dienste nicht annehme, weil die Gicht ihn während der sechs Kriegsmonate ans Bett gebunden hatte und sie ihn nicht hätte pflegen können, aber diese Logik gefiel dem Hauptmann nicht. Er hatte seinen Plan ebenso wie Trochu, und wenn man seine Offerte angenommen hätte, hätten wir auch unsere Rheingrenze.

Und er setzte dann Eva seinen Plan weitläufig auseinander und wenn er nicht weiter konnte, dann sang er mit ebenso falscher Stimme als seine Ideen es waren:

„Wir haben Euren deutschen Rhein,
Er perlt in unserm Glase."

An dem Tage, wo wir in seinen Salon traten, lag unser Held in offenem Fenster, die Füße knieend auf einen Sessel gestreckt; er rauchte aus einer langen Pfeife und amüsierte sich damit, große Rauchringel zu blasen. Die Militärkapelle spielte und der Hauptmann war in Verzückung.

Nahebei saß Fräulein Eva, stickte schweigend, sah manchmal aber auf, um die Physiognomie ihres Onkels zu studieren und wünschte sichtlich, daß das Konzert bald zu Ende sei, um eine Unterhaltung beginnen zu können. Sie sagte sich leise:

„Er scheint heute guter Laune zu sein und ich werde mit ihm darüber reden."

Die großen Pauken, Trommeln, Cymbeln und Trompeten donnerten zusammen! Es war das Finale.

„Das war doch Musik!" rief Hauptmann Sapertasch entzückt aus und ließ sich in seinen Sessel fallen.

Fräulein Eva ließ einige Augenblicke vergehen, dann fragte sie:

„Hast Du Herrn Koquelet wieder gesehen, lieber Onkel?"

„Koquelet!" machte der Hauptmann aufspringend, „Himmeldonnerwetter, nein! Und ich hoffe, daß es immer so bleiben wird."

„Du wolltest mir immer nicht glauben, wenn ich Dir sagte, daß dieser Mensch ein Elender sei; Du siehst nun, daß ich mich nicht täuschte."

„Mein Kind ich, ich bin ein ehrlicher Mensch, ein Militär, der niemanden täuscht, der gerade wie eine Kanonenkugel auf sein Ziel losgeht ... Ich hätte niemals geglaubt, daß solche Schurken wie dieser sich in die Haut eines ehrlichen Mannes stecken können."

„Du hast gesehen und erkennst nun, daß ich recht hatte, ihn wie einen Betrüger zu behandeln."

„Ich erkenne, meine kleine Eva, daß Du dieselben Eigenschaften, wie meine arme verstorbene Schwester, Deine Mutter, hast; auf den ersten Blick urteilst Du über die Leute."

„Du siehst also ein, daß er hier nur Lügen vorgebracht hat?"

„Ich sehe es ein."

„Daß alles, was er sagte, falsch war ..."

„Beinahe ..."

„Dann mußt Du aber auch von Deinen Ideen ablassen, die Du Dir nach seinen Verleumdungen gemacht hast ..."

„Welche Ideen ... welche Verleumdungen?" fragte der Hauptmann Sapertasch naiv.

Fräulein Eva zögerte einige Sekunden, dann antwortete sie:

„Du verstehst nicht, was ich sagen will, lieber Onkel."

„Durchaus nicht ..."

„Du erinnerst Dich doch des Herrn Marcel ..."

Bei diesem Namen nahm der Hauptmann die Pfeife aus dem Munde, sah seine Nichte fest an und sagte:

„Denkst Du noch immer an diesen Sozialisten?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218981109-15/fragment/page=0002

Beschlußfassung über das Inkrafttreten des neuen Ortsstatuts über die Wasserleitung. 6. Errichtung öffentlicher Bedürfnis-Anstalten. 7. Antrag der Garnison Verwaltung in Halle a. S. auf Genehmigung des Anschlusses der Schießstände in der Dölauer Heide an die öffentliche Wasserleitung 8. Anstellung eines Schularztes. 9. Wahl eines Schiedsmanns-Stellvertreters. 10 Antrag auf Ermäßigung des Wasserzinses. 11. Mitteilungen.

Zeitz. Eine Entdeckung hat die Provinzial-Zeitung gemacht. Das Blatt schreibt: „Hohenmölsen, 5. November. Das am 1. d. M. eröffnete Warenhaus von Rothmann & Co. hat sich in den wenigen Tagen eines so großen Zuspruchs zu erfreuen gehabt, daß zeitweilig, um den großen Andrang der Käufer etwas abzuhalten, die Thür geschlossen werden mußte. Viele kleine Diebstähle sollen dabei mit vorgekommen sein — weiteres Zeichen, daß solche Geschäfte das Volk auch moralisch verderben." Wir glauben, daß „solche Geschäfte" noch mehr auf ihrem Gewissen haben, nämlich — die Verwirrung, die bei der Provinzial-Zeitung sich sehr bemerkbar macht.

Naumburg. Karl Marx endgiltig zerschmettert durch einen Diener am Worte. So oft bisher auch die gelehrtesten Hühner in der geistigen Schutztruppe der herrschenden kapitalistischen Unordnung, soll heißen die staatlich zweckmäßig geaichte Wissenschaft, mit Karl Marx anbanden, ging es ihnen schlecht. Sie erlitten schimpfliche Niederlagen und blamierten sich noch obendrein. Da hat sich nun der Pastor Mühe an das schwierige Problem von Wert und Preis herangewagt und hat das verblüffende Ergebnis dieser seiner Forschungen im HErrn sogar schriftlich niedergelegt. Mühe ist ein Gottesknecht von ganz ungewöhnlichen, wir möchten sagen: übernatürlichen Gaben und Gnaden. Von seinem Hochwürdigen Konsistorio ist er des öfteren belobt worden.

Die ihm vom Heiligen Geist geschenkten Lichtblicke verwendet der schriftkundige Seelenhirt nun zu angenehmen „Philippus-Diensten", die in volkstümlicher Weise namentlich dem kleinen Manne zu erweisen, er im HErrn eifrig beflissen ist. Vorausschicken müssen wir, daß nach dem Zeugnisse Mühes im Himmel oft Ratssitzungen stattfinden, in denen Gott Vater mit Gott dem Sohn und Gott dem Heiligen Geist alles, was auf Erden geschieht, regiert und lenkt. Auch Engel, diese „starken Helden", sind dabei zugegen, sogar manchmal böse Engel oder Teufel. Unbekannt war es uns bisher, daß sogar der Zug Napoleons nach Moskau ebenfalls in einer solchen himmlischen Ratssitzung beschlossen worden ist. Ein anderer solcher Beschluß, sagt der Gottesmann Mühe, bestimmt, daß dereinst der Antichrist, der Teufel oder die große Schlange und seine zehn Unterkönige, durch den Rat teuflischer Froschgeister verführt, in wahnsinniger Verblendung gegen den HErrn und sein heiliges Volk in den Krieg ziehen werden. Sie fallen verdienter Vernichtung anheim in der schrecklichen Schlacht bei Harmageddon. Kommen wir nach solchen Proben gottbegnadeter Befähigung nunmehr zur Nationalökonomie und geben wir unserem teuren Gottesmanne Mühe selbst das Wort:

„. . . aus der Offenbarung 6, 6 ꝛc. erfahren wir, daß auch die Marktpreise des Getreides und der Lebensmittel für Menschen und Tiere **nicht von dem freien Willen der Menschen** und von den Spekulationen der Wucherer abhängig sind, sondern **im Himmel beraten und festgesetzt werden.** Das ist für die Kinder Gottes ein sehr großer Trost."

Hm! Da sieht man also endlich klar, welch' vergebliche Arbeit der Teufelsbraten Karl Marx zusammengepfuscht hat. Schade nur, daß diese himmlisch festgesetzten Preise nicht in menschlich ortsüblicher Weise der sündigen Einwohnerschaft sichtbar und bekannt gemacht werden!

Immerhin dürfte es für wucherische Kraut- und Schlotjunker ein sehr großer Trost sein, sich bei der Auswucherung des Unvolkes auf himmlische Ratschlüsse stützen zu können. Empfindet das Volk dabei keinen Trost, so liegt das wahrscheinlich bloß an der bodenlosen Verderbtheit ihrer Menschennatur und am Unglauben. Wie wäre es, wenn Pastor Mühe, dieser treue Knecht des „starken Schlangentreters" (Christus), jeden Sonntag auf der Kanzel die himmlisch bestimmten Marktpreise des Getreides und der Lebensmittel, kraft seiner vorzüglichen Verbindungen mit dem Himmel und kraft seiner tiefen Schriftkunde, amtlich verkündete??

Teuchern. (Gewerbegericht.) Zwischen dem Schlosser und Maschinenwärter Scharf aus Leipzig und dem Dampfdreschmaschinenbesitzer J. Böttcher aus Theißen fand am 5. November vor dem Gewerbeschiedsgericht zu Teuchern Verhandlung statt. Scharf mußte wegen Krankheit seiner Frau einen Tag die Arbeit versäumen, hatte aber Böttcher telegraphisch benachrichtigt. Als Scharf am nächsten Tag früh zur Arbeit kommt, entließ ihn Böttcher sofort. Scharf verklagte Böttcher auf Zahlung von zwei Wochen Lohn. Da er aber nur 9 Tage außer Arbeit gewesen war, ermäßigte er seine Forderung auf 9 Tage = 36 Mark. Das Gericht fand Scharfs Antrag für begründet, und Böttcher ging auf eine Einigung ein und zahlte sofort an Scharf 33 Mark. — Eine zweite Verhandlung fand ohne Beisitzer statt zwischen der Werschen-Weißenfelser Gesellschaft und dem Bergarbeiter Mucke. Mucke nahm seine Klage zurück.

Roitzsch. Arbeiterrisiko. Montag wurden in hiesiger Zuckerfabrik der Arbeiter Mittelstrauß, Aufseher Voigt und Arbeiter Sens verbrüht; die zwei ersteren leicht, letzterer schwer.

Delitzsch. Aus der Untersuchungshaft entlassen wurde der in die Simonsche Betrugsaffaire verwickelte Bautechniker Domgall. Auch heute soll Bäckermeister Winkelmann gegen hohe Kaution entlassen werden.

Eisleben. Zum Nachfolger Leuschners ist am Montag der bisherige vortragende Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Geh. Reg. Rat Dr. Fuhrmann, gewählt worden, natürlich nicht von den Arbeitern der Gewerkschaft sondern von den Kuxinhabern derselben. Bekanntlich sollte die Berginspektion von der Hütteninspektion getrennt werden, da sehr bedenkliche Zweifel über die Geschäftsgebarung Leuschners laut geworden und namentlich von den Kuxbesitzern Graf Vitzthum und v. Loxberg vertreten worden waren. Aber Dr. Fuhrmann hat die Uebernahme des Amtes von der Nichttrennung beider Aemter abhängig gemacht und ist damit auch durchgedrungen, denn die vorzunehmende Revision des Statuts darf sich auf Trennung der Aemter nicht erstrecken.

o. **Torgau.** Nochmals der Prozeß gegen Genossen Jahn. Zur Charakterisierung mancher in richterlichen Kreisen noch herrschenden Anschauungen verdient eine Stelle des schon erwähnten Dommitzscher Schöffenurteils besonders hervorgehoben zu werden. Bekanntlich hatte Genosse Jahn in der Dommitzscher Versammlung gelegentlich geäußert, es sei schon vorgekommen, daß ein Polizeibeamter durch Ueberwachen vieler sozialdemokratischer Versammlungen selbst zum Sozialdemokrat geworden sei. In Thüringen sei ein solcher bekehrter Polizist später sogar Vertrauensmann unserer Partei geworden. Die Annahme der Möglichkeit, ein Polizist oder Gendarm könne durch wiederholtes Anhören sozialdemokratischer Vorträge selbst Sozialdemokrat werden, wurde nun vom Gericht als schwere Beleidigung dieser Beamten angesehen. Ein pflichtgetreuer Beamter, so nahm das Gericht an, könne überhaupt nicht für sozialdemokratische Lehren empfänglich sein. Der Amtsrichter in Dommitzsch führte bei Begründung des Urteils aus: Wenn man bedenkt, daß die Beamten, die doch dem Kaiser durch den Eid Treue und Ergebenheit geschworen haben, beschuldigt werden, für die Lehren der Sozialdemokratie empfänglich zu sein, deren Bestrebungen darauf gerichtet sind, Thron und Altar und jede Autorität zu untergraben, so liegt darin eine schwere Beleidigung für die Beamten. — Nur weil das Gericht annahm, dem Genossen Jahn habe das Bewußtsein der Beleidigung gefehlt, gelangte es zur Freisprechung in diesem Teil der Anklage. Das hiesige Landgericht hat, wie schon berichtet, das „Bewußtsein" als vorhanden angenommen und Jahn wegen Beleidigung der Polizeibeamten zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Kleinere Provinzial-Nachrichten.

In **Weißenfels** brach der Sohn des Schuhmachers G., als er beim Spiele mit einem andern Knaben zum Falle kam, den Arm. — Bei **Meineweh** hat man verendete Raben gefunden, die sich an den ausgelegten Mäusepillen vergiftet hatten. — In **Quedlinburg** blieb ein 16jähriger Bursche beim Ueberklettern eines Hofthors hängen und verletzte sich schwer, erlitt auch einen Bruch des Unterkiefers. — Bei **Gräfendorf** wurde der Koffat Schaaf von seinem Kuhgeschirr an einen Baum gedrängt, so daß ihm zwei Rippen gebrochen und der linke Oberarm gequetscht wurde.

Versammlungsberichte.

† **Tabakarbeiter.** (Eingegangen am 7. Novbr. nach Redaktionsschluß.) Eine öffentliche Tabak-Arbeiter und -Arbeiterinnen-Versammlung tagte Sonntag, den 30. Oktober im Restaurant zum „Englischen Hof". Als Referent war Kollege H. Junge aus Bremen erschienen. Redner beleuchtete in seinem 1¼stündigen Vortrag alle die Schäden und Mängel in unserer Industrie, kam auf die Maschinen zu sprechen, welche der Fabrikant oder Unternehmer sich anschafft, um billige Arbeitslöhne einzuführen, auf die Thatsache, daß die Fabriken immer mehr auf das flache Land verlegt werden. Redner geht dann auf die Hausarbeit ein, wie schädlich sie auf das Familienleben wirkt, da meistens derselbe Raum zum Arbeiten und Schlafen dienen muß, wo der Tabak gefeuchtet und getrocknet wird und eine 14—16stündige Arbeitszeit herrscht, was vollständig den bundesrätlichen Bestimmungen widerspricht. Redner kommt zum Schluß auf die Gefängnis und Zuchthausarbeit zu sprechen, welche außerordentlich schädigend in unserer Industrie wirkt und forderte zum Schluß auf, sich der Organisation anzuschließen, da nur diese die beste Waffe des Arbeiters den Fabrikanten gegenüber ist. Zu bedauern war, daß von über hundert Tabakarbeitern nur 22 anwesend waren, obgleich hier die Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen. In der Diskussion wurden die Beschlüsse der Generalversammlung auf das schärfste kritisiert, jedoch ein Beschluß nicht gefaßt. Nun auf! Werde jeder Kollege ein Agitator für unsere Organisation.

H.

† **Maschinisten und Heizer.** In der Versammlung am 6. November wurde ein Kollege neu aufgenommen; hierauf wurde lebhaft darüber debattiert, ob die Eigenart unseres Berufs, bei dem fast jedes Mitglied eine andere Beschäftigungsart hat, es erlaube, mehr als bisher an die Oeffentlichkeit zu treten. Die Meinungen klärten sich dahin auf, daß wir fest auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen und stets vorwärts streben werden. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, zum Neujahrstage eine Kinderbescherung im Vereinslokale zu veranstalten.

Th. A.

† **Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung in Naumburg.** Gegen die früheren Versammlungen ausnahmsweise stark besucht zeigte sich die vom Gewerkschaftskartell infolge Austritts der Buchdrucker aus demselben auf den 5. November einberufene öffentliche Gewerkschafts-Versammlung, zu welcher Reichstagsabgeordneter Ad. Thiele das Referat übernommen hatte mit dem Thema Die Gewerkschaftskartelle und ihre Bedeutung. An der Hand eines trefflichen Beispiels die Begriffe Ehre und Pflicht erläuternd, führte Referent in kurzen Zügen den Versammelten Zweck und Nutzen der Kartelle vor Augen, in seinen weiteren Ausführungen versöhnend und vermittelnd für Beilegung der schwebenden Differenzen eintretend. Unter brausendem Beifall schloß Genosse Thiele seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die ernsten Aufgaben, welche die organisierte Arbeiterschaft Naumburgs noch zu erfüllen hat und welche einen engen Zusammenschluß aller Gewerkschaften im Kartell um so notwendiger machten. — — Daß das „Seid einig, einig, einig!" des Referenten nicht von allen Anwesenden beherzigt wurde, sollte die lebhafte Debatte beweisen, welche zu der Sachlichkeit des Vortrages in krassem Widerspruche stand und an persönlichen Auseinandersetzungen sehr reich war, was dem Genossen Thiele zu einem scharfen Schlußwort Veranlassung gab. Nach fortgesetzter Aussprache beschlossen die in sehr starker Anzahl erschienenen Buchdrucker in einer unter sich vorgenommenen Abstimmung mit 24 gegen 10 Stimmen, für einen Wiederanschluß an das Gewerkschaftskartell unter ihren Kollegenkreisen agitieren zu wollen. Im Allgemeininteresse wünscht Schreiber dieses, jene Abstimmung bald von praktischem Erfolge begleitet zu sehen.

s.

Vermischtes.

* **Wo ist Andree?** Die schwedische Hilfsexpedition, welche sich zur Aufsuchung Andrees nach Sibirien begab, war Mitte September im Jenadella angekommen und befindet sich jetzt auf der Reise nach der Mündung des Jenissei. Die Expedition hat noch keine Spur von Andree in Sibirien gefunden.

* **Die Rückkehr** von der Kreuzfahrt soll auf dem Seewege, also durch Umschiffung von Spanien, Frankreich und durch den Aermelkanal erfolgen, um die Gefahr eines schnellen Temperaturwechsels zu vermeiden.

* **Ein frevelhaftes Spiel.** Ueber eine Ozeanwettfahrt berichtet die Norddeutsche Volksstimme in Bremerhaven. Sie schreibt:

Eine Ozean-Wettfahrt, diesmal glücklicherweise ohne böse Folgen, fand in diesen Tagen zwischen dem englischen White-Star Dampfer Teutonic und dem bekannten Schnelldampfer Kaiser Friedrich des Norddeutschen Lloyd statt. Am Sonntag, den 16. v. M. kam auf der Teutonic der deutsche Dampfer mit ca. 15 Seemeilen Vorsprung in Sicht und sofort begann der Engländer seinen Kessel zu heizen, soweit es ging, um die früher namentlich auf dem Mississippi so beliebt gewesene Jagd zu beginnen. Als die Teutonic sich rasch näherte, erkannte man auf dem Kaiser Friedrich die Absicht des englischen Konkurrenten und nahm den Fehdehandschuh sofort auf. **Seitdem rasten die beiden Dampfer immer in Sicht hintereinander her,** wobei sich auf beiden Schiffen ein regelrechter Wettmarkt entwickelte. Namentlich die Engländer wetteten hohe Beträge auf die Teutonic und verloren sie, denn der deutsche Dampfer kam um 44 Minuten früher als die Teutonic am 19. d. M. in Newyork an. **Wir müssen derartige unsinnige Wettfahrten, welche nur zu leicht eine Katastrophe zur Folge haben können, auf das entschiedenste mißbilligen.** Von einem Weltrecord der Rhedereien bezüglich Aufbesserung der Heuern wäre uns bedeutend lieber zu hören."

Soweit die Norddeutsche Volksstimme. Sie erscheint in einer Seestadt und hat daher von der Meinung der Seeleute selbstverständlich genaue Kenntnis. Was sie sagt, wird aber, mit Ausnahme der an Wettfahrten interessierten Rheder und Kapitäne, wohl jedermann unterschreiben. Was hat es für einen Nutzen, die Fahrt so zu forcieren, daß innerhalb dreier Tage ein „Record" von ganzen 44 Minuten erreicht wird? Diese Art Befriedigung des Ehrgeizes der Rheder und Kapitäne kann unter Umständen Hunderten von Menschen das Leben kosten. Mag man gegen den Unfug bei Zeiten einschreiten; ehe er sich in der deutschen Marine einbürgert.

* **Brüsewitz in Galizien.** In Kolomea, wo eine große Garnison liegt, wurde ein mit der Eisenbahn angekommener Dragoner-Leutnant in mehreren Hotels wegen Ueberfüllung abgewiesen. Er verlangte zuletzt im Hotel Rückenstein ein Zimmer. Der Sohn des Besitzers erklärte, daß keins frei sei, weil bereits fünf Offiziere einquartiert und auch alle übrigen Zimmer besetzt seien. Der Leutnant beschimpfte den jungen Mann und befahl den ihn begleitenden Dragonern, die Thür eines Zimmers zu erbrechen und die Glasscheiben derselben zu zerschlagen, was die Soldaten auch ausführten. Als der Besitzerssohn protestierte und mit einer Klage bei der Militärbehörde und Forderung des Schadenersatzes drohte, zog der Leutnant den Säbel. Der Bedrängte flüchtete aus dem Hotel auf den Platz, der Leutnant verfolgte ihn aber und spaltete ihm durch einen Säbelhieb den Schädel. Eine große Volksmenge sammelte sich an und bedrohte den Leutnant. Dieser wurde von den Dragonern mit gezogenen Säbeln verteidigt. Die Dragoner kehrten darauf in das Hotel zurück, und als der dort angelangte Besitzer Rückenstein, ein alter Mann, über den Vorfall jammerte, mißhandelten sie ihn. Bisher ist die Militärbehörde noch nicht eingeschritten.

Aus dem Reiche.

Berlin. Der Fall Ziethen kommt in Fluß. Nachdem Gustav Landauer am 1. Sept. seine bekannte Erklärung veröffentlicht hat, in welcher er den Polizeikommissar Gottschalk der Fälschung von Beweisstücken und des Meineides bezichtigte, um ein Strafverfahren gegen sich selbst und damit eine Aufrollung des Falles Ziethen zu erzwingen, ist ihm endlich am 4. November, nach fast zehn Wochen, mitgeteilt worden, daß die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen ihn eingeleitet habe. Und zwar lautet die Anklage auf wissentliche Verleumdung. Auch scheint es, als solle dem Prozesse der Anstrich eines politischen Anarchisten-Prozesses gegeben werden. Landauer bemerkt dazu:

Wider besseres Wissen soll ich genau dasselbe behauptet haben, was schon im Jahre 1891 der Elberfelder Kreisphysikus Dr. Berger in einem Briefe an den Staatsanwalt Pinoff rund und nett ausgesprochen hat, was schon sehr deutlich der Rechtsanwalt Grommes in seinem Plaidoyer im Jahre 1884 hat durchblicken lassen.

Die Annahme der Verleumdung in meinem Falle ist für mich so ungeheuerlich, daß ich, sobald mir ein amtliches Schriftstück vorliegt, in dem die Behauptung, ich habe verleumdet, ausgesprochen ist, den Spieß umkehren und gegen den betr. Herren Staatsanwalt Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung zu stellen entschlossen bin.

Berlin. Ein Mucker. In einem großen Berliner Betriebe, der zahlreiche Arbeiter beschäftigt und an dessen Spitze ein durch seine „Frömmigkeit" bekannter Mann steht, ist ein Arbeiter wegen „Gottlosigkeit" entlassen worden. Die „Gottlosigkeit" findet der fromme und gottselige Fabrikbesitzer darin, daß der Arbeiter sich trotz mehrfacher Aufforderung weigerte, seine Ehe kirchlich einsegnen zu lassen und es bei der standesamtlichen Eheschließung bewenden ließ. Der Entlassene hat zu seinem Schutze das Gewerbegericht in Anspruch genommen; er fordert die Innehaltung der Kündigungsfrist bezw. eine entsprechende Vergütung.

Berlin. Gefälschte Postanweisungen. Der Postschaffner Franz Szygulski und der Portier Friedrich Szygulski nebst ihren Ehefrauen wurden hier verhaftet. Sie hatten einen raffinierten Betrug mit gefälschten Postanweisungen getrieben und sich, soweit bisher festgestellt, dadurch über 3500 Mark verschafft, die aber größtenteils bei den Haussuchungen vorgefunden wurden. Bisher wurden 14 solcher gefälschten Postanweisungen festgestellt.

Berlin. Pferdebahngesellschaft und menschliches Mitempfinden sind zwei Dinge, die einander ziemlich ausschließen. Das mußte ein Schaffner erfahren, der sechs Jahre lang ohne Fehl seine Kräfte der hiesigen Gesellschaft geopfert hatte. Er erhielt dieser Tage folgende Zuschrift von der Direktion:

Hiermit kündigen wir Ihnen wegen ihrer ungeordneten Vermögensverhältnisse die bei uns innehabende Stellung zum Dienstaustritt am 31. dieses Monats.

Die Direktion der Neuen Berliner Pferdebahngesellschaft.
Kühlewein.

Bemerkt sei, daß die Frau des gekündigten Schaffners einem kleinen Geschäft vorstand über welches infolge widriger Umstände der Konkurs verhängt wurde. Während gesittete Menschen einer von solchen Schicksalsschlägen getroffenen Person zu helfen suchen oder ihr doch zum mindesten keine Steine in den Weg legen, stürzt die reiche Pferdebahn-Gesellschaft einen schwer ums tägliche Brot ringenden Mann durch die Maßregel der Kündigung doppelt ins Elend.

Dortmund. Opfer des Bergbaus. Von den auf der Zeche Borussia schwerverletzten Bergleuten sind noch vier gestorben; im ganzen haben nun sieben durch die Explosion das Leben eingebüßt.

Breslau. In Weißstein bei Waldenburg fuhr ein Motorwagen der elektrischen Straßenbahn auf den vollbesetzten Hinterperron eines vor ihm laufenden Sommeranhängewagens. Zwölf Personen wurden schwer verwundet.

Trikotagen,
Strumpfwaren,
Jagdwesten, Strickjacken, Barchent-Hemden, Taillentücher, Kapotten, Kopfshawls, Handschuhe etc.
zu anerkannt billigsten Preisen.
Geschäftshaus
J. LEWIN
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218981109-15/fragment/page=0003

Hannover. Vom Faden der nicht abreißt. Pastor Bauerstein in Verden wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens an neun Schulmädchen und Verleitung zum Meineid zu 4½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Meißen. In der Vorstadt Kölln ging unter donnerndem Krachen eine 40 Meter hohe Felswand nieder und bedeckte die vorbeiführende Straße mit Gesteinstrümmern. Zum Glück war die Straße in diesem Augenblicke nicht begangen.

Schwerin. Der 32jährige Rittergutsbesitzer v. Lübbe auf Scharbow hat sich erschossen; er wurde mit zertrümmertem Schädel als Leiche in seiner Stube aufgefunden. Ueberschuldung hat ihn zu dem Schritte getrieben.

Chemnitz. Rebellierender Polizeibeamter. Wegen fortgesetzter Ungebühr gegen seine Vorgesetzten ist der Polizei-Wachtmeister in Lichtenstein-Kallenberg ohne Pension entlassen worden. — Fragt sich immer noch, ob er im Unrecht gewesen ist.

Marburg. Der Rangierer Heerd kam auf dem hiesigen Bahnhofe so unglücklich zwischen die Puffer, daß er sofort tot war. Heerd war verheiratet und Vater von vier Kindern.

Würzburg. Ein Tierquäler, der seine Zeit begriffen hat. „Der Gaul ist ein Sozialdemokrat und schlechter als ein Anarchist“ — mit diesen Worten entschuldigte der Fuhrmann Leonhard Kleider vor dem hiesigen Schöffengericht die rohe Mißhandlung, welche sein gleichgearteter Sohn Johann seinem Handpferde angedeihen ließ. Dies trägt dem „Jungen“ drei Tage Haft ein und der „Alte“ zahlt für seinen patriotischen Vergleich die Kosten.

Kempten. Die Strafkammer verurteilte den Forstaufseher Eggenberger wegen fahrlässiger Tötung zu 3 Monaten Gefängnis. Eggenberger hatte am 3. August auf dem Rehanstand eine alte Frau, die Holz sammelte, für ein Wild angesehen und erschossen.

Eingesandt.

Mine von Krieschen in Duttelhall.

Mine von Krieschen, eine berühmte Malerin, betraute den Kurator des Museums von Duttelhall mit der Ausstellung ihrer vielen Bilder. Der Kurator vom Duttelhaller Museum schlug vor Freuden einen kleinen Purzelbaum und sagte zu dem Museumsdiener: „Ochsenbuckel, jetzt machen wir Duttelhall zur Kunststadt. Eine solche Ehre ist uns noch nicht widerfahren: Mine von Krieschen in Duttelhall — die Duttelhaller werden Augen machen!“ Er packte mit Ochsenbuckel die Kisten und Kollis aus und stellte die Bilder in zwei großen Sälen des Museums auf. Die Duttelhaller kamen. Scheu gingen sie an die Bilder heran und staunten. Wer Kunstverständnis hatte, sagte „Ah!“ wer keins hatte „Oh!“ O, Mine von Krieschen, das hättest Du sehen sollen!

Aber etwas hält unser Kurator vor den Augen der Duttelhaller ängstlich verborgen. Mit Ochsenbuckel brachte er ein größeres Bild in ein verborgenes Kabinett. Dort stellte er das Bild an die Wand und sagte: „Ochsenbuckel, seht, das können wir doch den Duttelhallern nicht zeigen. So viel verstehen die doch nicht von der Kunst. Das ist nämlich die nackte Keuschheit in der von Mine von Krieschen gemalten Schweinerei!“ — „Uh oh, äh!“ sagte Ochsenbuckel. „Seht, Ochsenbuckel, als ich mich noch nicht der Kunstgeschichte gewidmet hatte und noch Stärke fabrizierte, da fütterten wir mit verschiedenen Abfällen die Schweine. Oft habe ich da so viele Schweine beisammen gesehen wie Mine dort gemalt hat. Aber solche orangene Lichter habe ich noch auf keinem der Schweinebäuche gesehen. Und dann ist doch wohl das Mädel mitten unter den Schweinen etwas zu nackt, nicht, Ochsenbuckel?“ „Hi, hi hi! Uh, oh, äh,“ kicherte Ochsenbuckel, wischte sich mit dem Aermel die Nase, begleitete den Herrn Kurator zur Thür und schloß dieselbe hinter sich zu.

Das war die einzige verdienstvolle Leistung der Zwei vom Museum zu Duttelhall. —

Tschrt.

Eingesandt aus Hohenmölsen.

Wie die Mitglieder des Konsumvereins aus der Aufsichtsratssitzung vom 3. d. M. ersehen können, ist der Aufsichtsrat trotz der klar zu Tage getretenen Meinung der Mitglieder nicht gewillt, deren Wünschen Rechnung zu tragen. Das von uns in Vorschlag gebrachte Mitglied Heinold ist immer noch nicht auf die Vorschlagsliste gesetzt worden. Mit welchen einfältigen Ausreden sucht man diesen frechen Trotz gegenüber dem klaren Wunsche der Mitglieder zu beschönigen! Sind die Mitglieder um des Vorstands willen da oder umgekehrt? Und ist es nicht ein frecher Faustschlag ins Gesicht der größten Mehrzahl aller Mitglieder, wenn ein Vorstandsmitglied die Ablehnung Heinolds damit begründete, weil dieser Sozialdemokrat sei? Wenn der Vorsitzende, Herr Dost, sagt seit 26 Jahren bestehe der Verein und noch nie sei eine Agitation betrieben worden wie dieses Jahr, so hat das seinen guten Grund, weil eben die Mitglieder hell geworden sind und sich nicht mehr alles gefallen lassen. Oder ist es etwa im Interesse der Mitglieder gehandelt, wenn die Herren sich für eine Sitzung von 4 Stunden **4, 5 6 und mehr Mark** bezahlen? Die Mitglieder müssen für dieses Geld sich fast zwei Tage plagen. Und hat nicht gerade Heinold bekannt gemacht, daß die Aufsichtsrats Mitglieder ihre Zigarren vom Konsumvereine zum Einkaufspreise entnehmen? Wenn die Mitglieder streng sein wollten, könnten sie auf Grund des Statuts alle bisherigen Vorstandsmitglieder, die an solchen Durchstechereien teilgenommen haben, ihres Amtes entsetzen und sie zur Anzeige bringen. So steht der Hut!

Früher trat auch Herr Elste, wie jetzt Heinold, für Kürzung der Tantieme ein. Aber seit er selbst mit in der Verwaltung sitzt, hat er's vergessen. Darum Mitglieder, haltet fest an Heinold, erscheint alle wieder in der General-Versammlung am 13.-Nov. und stimme jeder mit Nein, bis Albert Heinold an die Reihe kommt. Auch gehört ein gewisses Gefühl dazu, wenn man, wie der jetzt zuerst vorgeschlagene Herr Müller, welcher in voriger Wahl so glänzend durchfiel, als Aufsichtsrats Mitglied und zu Neujahr seinen Abschied nehmen muß, sich noch einmal als Kandidat zum Vorstandsmitglied aufstellen läßt.

Mehrere Mitglieder,
darunter solche, die den Verein mit gegründet haben.

Briefkasten der Redaktion.

Theißen. Hoffentlich nimmt es Landrat Winkler nicht übel, daß er vom Volksblatte zu Unrecht geadelt worden ist.

A. G., Zeitz. Noch unbestimmt! Im verneinenden Falle wird ein anderer Referent kommen.

E. B. Erst wenn Urteil ergangen ist. Beschweren Sie sich beim Vorsteher des Amtsgerichts. Unter Umständen ist der Gerichtsvollzieher für den Ihnen erwachsenen Schaden haftbar zu machen.

Quittung.

Zum Fonds des Volksblattes:

Ueberschuß von Inseraten 50 Pf. Brandt.

Teuchern. Für den Kirmeswalzer im Monde 1 M. Otto.

Zeitz. Für den Agitationsfonds gingen ein:
Aus Weißenfels für den Parteitag 30 M.
Von Freien Sängern, Zeitz, 45 M.
Vom Arbeiter-Bildungsverein, Zeitz, 20 M.
Aus Osterfeld 15 M.
K N. 0.30 M.

Der Vertrauensmann.

Sprechstunde der Redaktion mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Für die Redaktion verantwortlich: **Ad. Thiele** in Halle.

Preiskegeln.
Große Auswahl praktischer Geschenke für Herren, besonders hergestellt und geeignet als Kegelpreise.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.

Sonntag den 13. November 1898 nachm. 3½ Uhr
großer mitteldeutscher Athleten-Wettstreit
im Neuen Theater.

Eduard Graf, Markt 11
Halle a. S.
Erstgrösstes Spezial-Geschäft am Platze.
Bettfedern und fertige **Betten.**
Als streng reelle und billigste Bezugsquelle bekannt.
Fertige Inlets, Bettwäsche Bettstellen, Matratzen.

Achtung!
Fabrik- und Hilfsarbeiter v. Halle u. Umg.
Mittwoch den 9. November abends ½9 Uhr
finden die folgenden
fünf öffentlichen Versammlungen
statt:
im **Händelpark,** Nikolaistraße,
in **Zahns Restaurant,** Martinsberg,
in der **Moritzburg,** am Harz,
im **Letzten Dreier,** Merseburgerstraße,
im **Glauchaischen Schützenhaus,** Lerchenfeldstr.
Tagesordnung:
Die Leiden der ungelernten Arbeiter.
Alle Fabrik- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen müssen es für ihre Pflicht erachten, auch diese Versammlungen zu besuchen.
Frau Kähler-Hamburg wird morgen im Glauchaischen Schützenhause referieren.

Stadt-Theater zu Halle a. S.
Mittwoch den 9. November 1898
53. Vorstell. 42. Abonnem.-Vorstell.
Farbe: rot.
Im weißen Rößl.
Lustspiel in 3 Aufzügen v. O. Blumenthal und G. Kadelburg.
Hierauf:
Wiener Walzer.
Anfang 7¼ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Donnerstag den 10. November 1898
Kabale und Liebe.

Thalia-Theater.
Halle a. S. Geiststraße 42a.
Direktion: E. M. Mauthner.
Dienstag den 8. November 1898
Sein Trick.
Vorverkauf bis 6 Uhr in der Musikalienhandlung **Heinrich Hothan,** Gr. Steinstraße 14 (Fernsprecher 1045), sowie in der Zigarren Handlung **Gustav Bietzke** (Ecke Thalia-Theater).
Mittwoch den 9. November 1898
Die Logenbrüder.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Gänzlich neuer Spielplan.
Die Geschw. Anna u. Siegmund Linné, Original-Gesangs-Duettisten. — Herr **Georg Hartmann,** Zauberkünstler. — Miß **Mira Amoros,** Bravour-Gymnastikerin am schwebenden Trapez. — Mr. **Fred Dewey,** Jongleur-Equilibrist. — **Fratelli Vero,** Miniatur-Akrobaten. — Die Geschwister **Hartmann,** Illusions-Darsteller. (Der gefesselte Prometheus.) — Frl. **Antonie Leonardi,** Liedersängerin u. Soubrette. — Herr **Anton Sattler,** Gesangs-Humorist und Bravour-Jodler.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Ehrlichs Gasthof.
Mittwoch den 9. November
grosses Schlachtefest.
Hierzu ladet freundlichst ein
Anton Kienle.

Mittwoch
Schlachte-Fest
Oscar Heller,
Steinweg 32.

Merseburg. **Merseburg.**
„Zur Funkenburg“.
Täglich: • **Grosse Konzerte** •
der Damen-Kapelle „Concordia“.

Roßfleisch!
Hochfein, nur bei
H. Böhlert,
Telephon Nr. 900.

Priv.-Mittagstisch p. W. 3 M Schulstr. 1.

ff. selbstgek. **Pflaumenmus**
à Pfund 25 Pf.
Kaiser-Marmelade
à Pfund 30 Pf.
Rheinisches Apfelkraut
à Pfund 60 Pf.
Kandis- u. Weizensyrup
à Pfund 16 Pf.
neuen Mohrrübensaft
à Pfund 18 Pf.
in bekannter Güte
A. Trautwein
Große Ulrichstraße 31.

Frische
Molkerei-Butter,
à Pfd. 1 M empfiehlt
Johs. Schwarz,
10 Geiststrasse 10.

Zu haben
in den meisten Kolonialwaren-, Droguen- und Seifen-Handlungen.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
Man achte genau auf den Namen
„Dr. Thompson“
und die Schutzmarke **„Schwan“.**

Neue u. getr. Herrenanz., 160 Winterüberz., Kragen u. Beamtenmänt., Schaffnerpelze, Bursch.u. Knabenüberz u. Mänt., Damensach., Schuhwerk, Uhren u. s. w. stets billig.
Schleich, Moritzkirchhof 8.

× Kleiderschränke, Vertikows, Kommoden, Spiegel u. Schränkchen, Tische, Stühle, Küchleneinrichtungen, Bettst m. Matr., Plüsch- und Stoffsofas, kompl. Ausstattungen verkauft billigst unter Garantie
× **A. Hille,** Tischlermstr., Mittelstr. 1.

Eingetroffen:
Große Posten **Herren-Zugstiefeln,**
genagelt, ohne Naht,
5, 5½, 6, 7 und 8 Mark.
Renners Kaufhaus,
Markt 14, Part. u. 1. Etage.

Bierdruck-Apparate, neue und gebrauchte, **Umänderungen, Kohlensäure, Ersatzteile u. Reparaturen.**
Herm. Graegers Nachfolger
Aug. Hoske, Geiststr. 55.

Weißenfels.

Uhren, Ketten aller Art, **Regulateure** mit Schlagwerk, 14 Tage gehend, schon von 12 Mk an
Strietzel,
Große Burgstraße 4.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Paul Schneider
Eisenwaren-Handlung
Merseburgerstr. 4.

Großes **kräftiges Brot** empfiehlt
Fr. Ackermann, Zeitz, Weberstraße 10.

Bilder aller Art
werden gut eingerahmt bei
Ernst Klare, Zeitz, Weißenfelserstr. 4b II.

Waschgefäße und Blumenkübel, ff. trockene Sommerware, verkauft
R. Katsch, Albrechtstraße 23.

Spiegel,
Nuß, Mahagoni u. Birke, spottbillig zu verk. **A. Hille,** Mittelstr. 1.

Suche tüchtige Vertreter f. Krankenkassen-Abschlüsse. General-Agentur „Hilfe“, Hedwigstraße 1, part., 1-3.

Sämtl. Parteischriften
Die Volksbuchhandlung.

Rockarbeiter, 1. Kräfte,
hauptsächl. auf Paletots u. Saccos geübt, finden lohnende dauernde Beschäftigung bei
Schwarz & Tillig.

Haus m. kl. Wohnungen, an der Glauchaerstr. gel., Familienverhältnisse halber zu verkauf. Off. unter **H. R.** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Ein gut möbliertes Zimmer
mit Schreibtisch wird sofort zu mieten gesucht.
Offerten unter **S. W.** an die Exped. des Volksblattes.

Nur diesen Mittwoch
Ausnahmepreise
für emaillierte runde und ovale
Wannen.
Spottbillige Preise.
Nur 65 Geiststr. 65.
Verkauf in 2 Läden.
Jeden Mittwoch Ausnahmepreise für einen anderen Artikel.
H. Casparius.

H. Wiebach
Lederhandlung und Schäfte-Fabrik
Nikolaistrasse 12. Halle a. S. Nikolaistrasse 12.
Lager fertiger Schäfte, sämtlicher Schuhmacher-Werkzeuge und Bedarfsartikel.
Lack und alle Schuhkonservierungsmittel.
Ausschnitt von Sohlen- und Oberleder.

Offeriere
Schippen, Spaten etc.
Haus- und Küchengeräte,
Handwerkszeuge aller Art
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Franz Krug, Rannischestraße 12.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218981109-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 263 Halle a. S., Mittwoch den 9. November 1898. 9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

8 November. Während man in Berlin immer noch gehofft hatte, daß sich zwischen der dem König in der Adresse vom 2. November ausgesprochenen Ansicht der Nationalversammlung und der Absicht des Königs, ein reaktionäres Ministerium Brandenburg zu berufen, ein Ausgleich schaffen lasse, und während bis dahin vielfach verbreitet worden war, Graf Brandenburg werde, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, freiwillig zurücktreten: jetzt wurden diese Hoffnungen vollständig zerstört. Eine königliche Kabinetsordre machte bekannt, daß Graf Brandenburg zum Ministerpräsidenten, Freiherr von Manteuffel zum Minister des Innern, Herr von Ladenberg zum Kultusminister und der bisherige Kommandant von Saarlouis, von Strotha, zum Kriegsminister ernannt seien. Die übrigen Ministerposten waren intermistisch besetzt worden, weil sich nicht genügend Politiker bereit finden ließen, in das Ministerium Brandenburg einzutreten.

9. November. Der preußischen Nationalversammlung präsentiert sich das neu gebildete Ministerium Brandenburg und verkündet zugleich eine königliche Botschaft, wonach die Nationalversammlung nach der kleinen Stadt Brandenburg in der Mark verlegt werden solle, um ihre Beratungen vor Demonstrationen durch aufgeregte Volksmassen und Einschüchterungen zu schützen. Die Nationalversammlung sollte sofort geschlossen und bis zum 27. November vertagt werden. Graf Brandenburg fügte hinzu, daß die Botschaft den sofortigen Schluß der Beratungen befehle und daß er gegen jede Fortsetzung derselben im Namen der Krone protestiere. Die Minister entfernten sich aus dem Saal und 78 Abgeordnete der Rechten folgten ihnen. Die große Mehrheit blieb aber zurück, nämlich 282 Abgeordnete. Man war ziemlich einig darin, daß die Nationalversammlung eine vereinbarende Versammlung, also gleichberechtigt mit der Krone sei, und daß die Krone daher nicht einseitig Zeit und Ort für die Tagung der Nationalversammlung festsetzen könne. — Demgemäß wurden nach kurzer Beratung folgende Beschlüsse gefaßt: „Die Nationalversammlung hat bis jetzt keine Veranlassung, den Sitz ihrer Beratungen zu verlegen, sondern wird sie in Berlin fortsetzen. Sie kann der Krone nicht das Recht zugestehen, die Nationalversammlung wider deren Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen. Sie erachtet diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zur Erlassung der eben verlesenen Botschaft geraten haben, nicht für fähig, die Regierung des Landes zu führen. Vielmehr hält sie dafür, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht haben." Der Präsident erhielt Vollmacht, die Versammlung in jedes ihm passend scheinende Lokal einzuberufen. — Damit war also der offene Konflikt zwischen der Krone und der Nationalversammlung ausgebrochen.

Am 9. November wurde Robert Blum in Wien erschossen. Wie berichtet, hatte die linke Seite der Frankfurter Nationalversammlung am 13. Oktober beschlossen, vier Delegierte nach Wien zu senden, das sich im Aufstande befand und von den anrückenden Truppen Windischgrätzens bedroht wurde. Die Delegierten sollten für den in Wien den reaktionären Bestrebungen geleisteten Widerstand den Dank des Vaterlandes darbringen. Am Ziele angekommen, wurden die Frankfurter Abgesandten sehr feierlich von den Behörden und vom Volk empfangen. Leider konnte Blum wegen Paßschwierigkeiten seines Freundes Fröbel, der mit nach Wien delegiert war, die Stadt nicht so schnell wieder verlassen wie eigentlich beabsichtigt war. Mittlerweile hatte Windischgrätz die Stadt bereits umzingelt und erließ am 23. Oktober seine drohende Proklamation. Die allgemeine Erregung, die sich hierüber erhob, gab Blum Veranlassung, in der Aula eine sehr beruhigende Rede zu halten. Am 24. bildete der Chef der Wiener Nationalgarde ein Elitekorps, das die Aufgabe haben sollte, Ruhe und Ordnung in der Stadt zu schützen. Da Blum und Fröbel doch nicht aus der Stadt hinauskonnten, so traten sie diesem Korps bei. An demselben Tage aber ließ der unfähige und verwirrte Kommandant des Aufstandes, Messenhauer, das Elitekorps, entgegen seiner Bestimmung in die Gefechtslinie einrücken. Und um nicht der Feigheit geziehen zu werden, thaten die Abgeordneten ihren Dienst, gaben jedoch, nachdem sie 36 Stunden im Feuer gestanden und von der Nachtwache zurückkehrend, ihre Entlassung. Sie hatten also die Waffen bereits niedergelegt, als die Kapitulation vom 30. allen Kämpfern Straflosigkeit zusicherte. Nachdem dann die Stadt eingenommen worden war, ersuchten die Abgeordneten um Pässe zur Rückkehr nach Frankfurt, wurden jedoch am 4. November plötzlich verhaftet. Briefe um Schutz an die Nationalversammlung haben niemals ihre Adresse erreicht und auch die Berufung auf das in Oestreich rechtsgültig veröffentlichte Reichsgesetz, wonach Abgeordnete nur bei Ergreifung auf frischer That verhaftet werden durften, blieb ohne Erfolg. Von seiten des Ministers Fürsten Felix Schwarzenberg wurde Windischgrätz angewiesen, das Standrecht anzuwenden, und sofort trat am 8. November, abends, ein Kriegsgericht zusammen, das die beiden Abgeordneten zum Tode verurteilte. Am 9., morgens, wurde Blum in der Brigittenau bei Wien standrechtlich erschossen. Unmittelbar nach der Hinrichtung traf folgendes Schreiben Schwarzenbergs ein: „Die Reichstagsabgeordneten sind nicht standrechtlich zu behandeln, wenn sie nicht in flagranti, mit den Waffen in der Hand, ergriffen werden konnten. Sie sind auf freiem Fuß zu lassen, wohl aber alle rechtlichen Anzeigen zu sammeln, damit sie den ordentlichen Gerichten überliefert werden können. Ein anderes Verfahren würde uns die größten Schwierigkeiten bereiten." Dieser Begehrende hätte also Blum sofort freigemacht — wenn er nicht bereits erschossen gewesen wäre. Fröbel wurde ebenfalls zum Tode verurteilt, aber sofort begnadigt und einfach per Schub über die Grenze gebracht, wie er glaubte, wegen einer früher von ihm verfaßten österreichischfreundlichen Schrift. — Der Frankfurter Versammlung bemächtigte sich die größte Erregung bei der Nachricht von der Erschießung ihres Mitgliedes. Sie faßte entrüstete Beschlüsse gegen die an dem Morde Schuldigen. Aber irgend einen Erfolg konnte die machtlos gewordene Versammlung bei der österreichischen Regierung nicht erzielen. — Im deutschen Volke wurden Sammlungen für die Hinterbliebenen veranstaltet und ergaben 40000 Thaler, womit die Erziehung der Kinder sichergestellt war. Mit Robert Blum war einer der ehrlichsten, begabtesten und volkstümlichsten Führer der demokratischen Bewegung des Jahres 1848 aus dem Leben geschieden.

Selbstbeohrfeigung.

Heuchler, Phantasten und Demagogen mögen mit noch so gut gespielter ehrlicher Miene und im Brustton der Ueberzeugung eine falsche Ansicht oder schlechte Maßregel zum Besten ihrer Privat- und Klasseninteressen mit Schwindelgründen verfechten — auch sie haben schwache Stunden, wo sie aus der Rolle fallen und unvorsichtigerweise und unbewußt erkennen lassen, daß sie selber an das nicht glauben, was sie sonst als ihre innerste Ueberzeugung zur Schau tragen. Das ist dieser Tage der Kölnischen Zeitung passiert, dem führenden nationalliberalen Organ für „Bildung und Besitz". Mit ihrem Leiter „Die Teilnahme des jüngeren Geschlechts am politischen Leben", hat sie ihrer Partei und sich eine doppelte Ohrfeige gegeben.

Mit welchem Aufwand von Beredtsamkeit wußten die Nationalliberalen anläßlich der Reckeschen Vereinsnovelle die Schädlichkeit der Teilnahme Minderjähriger an politischen Versammlungen und am politischen Leben überhaupt zu schildern, und wie bereitwillig haben sie im preußischen Abgeordnetenhause dem Ausschluß Minderjähriger aus politischen Versammlungen zugestimmt. In Sachen hat bekanntlich mit Unterstützung der Nationalliberalen diese neue reaktionäre Schikane Gesetzeskraft erlangt, und wenn neuerdings in der nationalliberalen Presse der Reichskanzler Hohenlohe an die Einlösung seines Versprechens, betreffend die Aufhebung des Koalitionsverbots politischer Vereine, gemahnt wird, so kann man darauf schwören, daß es ihr nicht darum zu thun ist, das politische Vereinswesen von dieser Fessel zu befreien, sondern ihm einen neuen Strick zu drehen, speziell die minderjährigen Arbeiter von der Teilnahme an sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Versammlungen auszuschließen.

Damit vergleiche man nun die Jeremiade des nationalliberalen Blattes über die politische Interesse- und Verständnislosigkeit der Jugend in ihrem eigenen Lager und ihren Hinweis auf die jüngeren Elemente der Sozialdemokratie, die sie ihren eigenen Parteigenossen als beschämendes Muster vorführt: „Während die Sozialdemokratie gerade die jungen Leute für ihre Ziele begeistert und in die Versammlungen schickt, glaubt ein großer, ja der größte Teil der jüngeren Elemente in den gebildeten und besitzenden Klassen dem politischen Leben gegenüber unter allen Umständen eine vornehme Zurückhaltung beobachten zu müssen." Und wiederum: „Bleiben die jüngeren Kräfte der politischen Arbeit fern, so geht der Zusammenhang der höheren mit den unteren Volksschichten allmählich ganz verloren" u. s. f. Mag das Blatt sich vielleicht damit ausreden wollen, daß es nicht die minderjährige Jugend gemeint hat, so geht doch klar daraus hervor, daß es selbst erkennt, wie vorteilhaft und notwendig es ist, die Jugend für die politischen Tagesfragen und Kämpfe lebhaft zu interessieren, und daß damit nicht früh genug begonnen werden kann, liegt auf der Hand. Es geht klar daraus hervor, daß alles eitel Humbug war, was nationalliberalerseits über die Nachteile gesagt wurde, die aus dem Besuch politischer Versammlungen seitens Minderjähriger erwachsen sollen. Ex ore tuo te judico, „Dein eigener Mund verurteilt Dich".

Die Nationalliberalen freilich machen es wie der Fuchs in der Fabel, der in einer Falle seinen Schwanz verloren hatte und nun seinen Mitfüchsen auseinandersetzte, um wie viel schöner und nützlicher es wäre, keinen Schwanz zu haben, und sie zu überreden suchte, daß auch sie sich ihrer Schwänze entledigen.

Dies das eine. Und nun das zweite. Bekanntlich ist unter den nationalliberalen Journalen die Kölnische Zeitung die rabiateste Feindin des gleichen Wahlrechts, dessen Umsturz, was in ihrem Spitzbubenjargon „Ausbau" des allgemeinen Stimmrechts heißt, ihr Ideal ist, weil: „Wo Besitz, da Bildung" (was ebenso zutreffend, wie der muckerische Zimmerspruch, den man häufig als „Hausesegen" trifft: „Wo Glaube, da Liebe"). Natürlich nicht bloß allgemeine, sondern speziell politische Bildung, da ja diese es ist, die beim Stimmrecht in Betracht kommt. Ist es da nicht köstlich, wenn das Blatt das reizende Geständnis ablegt, daß ihre gebildete und besitzende Klasse, „nachdem sie erreicht, was die Väter ersehnten, träge im Gefühl des Besitzes schwelgt, einem kurzsichtigen Egoismus verfallen ist, der in seiner täglichen Berufsarbeit und in seinem behaglichen Lebensgenuß bei Spiel und Sport, bei künstlerischer Unterhaltung und anregender Geselligkeit sich durch politische Dinge nicht stören lassen mag. Man spielt höchstens gelegentlich die traurige Rolle des launegießernden Philisters. Wenn Industrie, Handel und Gewerbe blühen, warum soll man sich dann in die staubige Arena der politischen Kämpfe hineinbegeben, in der doch kein Geld und kein Vergnügen zu holen ist."

Wir wissen das längst und haben es auch oft gesagt. Es wäre auch ganz unmöglich, daß der Reichswagen so tief in den junkerlich-absolutistisch-militaristisch-bureaukratisch-klerikalen Sumpf geraten wäre, wäre die politische Unbildung oder Bildungslosigkeit der kapitalistischen Klasse nicht so großartig. Man kann darauf wetten, daß in einem Examen über Politik weitaus die meisten Unternehmer von ihren sozialdemokratischen Arbeitern ganz gehörig ausgestochen würden, daß die Arbeiter das Examen glänzend bestünden, während die Unternehmer dastünden wie der selige Kandidat Hieronymus Jobs: „Bei dieser Antwort des Kandidaten Jobses geschah allgemeines Schütteln des Kopfes". — Wäre für uns die höhere politische Bildung ein ausschlaggebender Grund für Gewährung eines größeren Wahlrechts, so könnten wir unsererseits verlangen, daß den organisierten Arbeitern ein größeres Wahlrecht einzuräumen sei, denn sie sind die politisch gebildete Klasse.

Das politische Bildungsdefizit der „gebildeten und besitzenden" Klasse preßt der Kölnischen den weiteren Seufzer aus: „Die Wahrung der politischen Interessen bleibt somit den Professoren und Berufspolitikern, den Juristen, Theologen und Philologen zum größten Teil überlassen. Die Männer des praktischen Leben scheiten dann wohl über die luftigen, politischen Theoretiker u. s. f." Wo das hinaus will, ist klar. Die Gelehrten, die nicht selbst Großkapitalisten sind, sind für Arbeiterschutz immer noch eher zu haben als diese und wollen die Attentate der Scharfmacher und Sozialreaktionäre auf die spärlichen Rechte des Proletariats nicht mitmachen. Gegen diesen „Gelehrten-Sozialismus" hat man ja den famosen Reinhold auf den Lehrstuhl der Nationalökonomie in Berlin berufen, der aber mit seinem von Stumm inspirierten, auch von uns seiner Zeit unter die Hechel genommenen, von der Kölnischen über den Schellenkönig herausgestrichenen Buch jämmerlich Fiasko gemacht hat und von Schäffle in den jüngsten Nummern der Zukunft grausam hingerichtet wird. H. E.

Tagesgeschichte.

Im Lande der Kasernen. Aus Groß-Stöckheim bei Braunschweig wird berichtet: Vor 7 Jahren haben dort etwa 50 Kinder die Schule besucht. Jetzt ist die Zahl der schulpflichtigen Kinder aber auf 193 angewachsen und man denkt nicht daran, eine neue Schule für die nur 60 Schüler fassende alte zu erbauen. So ist man denn in Groß-Stöckheim, etwa 2 Stunden von Braunschweig, dicht bei Wolfenbüttel gezwungen, den Schulunterricht in einem Tanzsaale abzuhalten. Die Gemeinde denkt nicht daran, ein neues Schulhaus zu erbauen und der Staat, der erst jetzt wieder die Polizei für die Stadt Braunschweig erheblich vermehrt hat, hat keine Mittel übrig, das an vielen Orten des Herzogtums so arg darniederliegende Schulwesen zu heben. Dafür leben wir aber auch in einem deutschen Staate, in dem die Mückerei künstlich durch Polizeivorschrift gezüchtet werden soll und der wohl durch Paragraphen reglementiert werden, in dem aber jeder kulturelle Fortschritt gewaltsam hintangehalten werden soll.

Der ungeratene Sohn des konservativen Geistes, genannt Antisemitismus, erfährt in der Kreuzzeitung folgende Strafkritik:

„Den Sozialdemokraten ist es nicht gelungen, einen Sitz im Abgeordnetenhause zu erringen. Aber ein Antisemit, der Reichstagsabgeordnete Werner, wird zu seinen Mitgliedern zählen. Natürlich müssen die Konservativen, wie gewöhnlich die Kosten dieser neuen Errungenschaft tragen. Nichts spricht mehr gegen die antisemitische Partei, als der Umstand, daß sie bisher gegenüber denjenigen Parteien, in denen sich das Judentum verkörpert, so gut wie nichts angerichtet, dagegen ihre „Erfolge" fast ausschließlich gegenüber der einzigen der großen parlamentarischen Parteien erzielt hat, die den Mut hat, offen die Notwendigkeit einer Bekämpfung des jüdischen Einflusses auszusprechen."

Wenn man zu diesem „Mute" den Mut der agrarisch junkerlichen Unverschämtheit nimmt, so kommt der echte konservative Charakter zum Vorschein.

Ausland.

Norwegen. Ein Gesetzentwurf über Gefängnis- und Zuchthauswesen ist dem Storthing zugegangen. Derselbe enthält den Vorschlag, verurteilte Verbrecher nach Verbüßung von ⅓ bis ⅔ der Strafe probeweise freizulassen. Es soll möglichst versucht werden, sie ohne Polizei-Kontrolle zu lassen. Dagegen kann ihnen ein bestimmter Aufenthaltsort vorgeschrieben werden. Strafgefangene auf Lebenszeit können nach 20 Jahren freigelassen werden. Nur ausnahmsweise soll die Loslassung auf Antrag des Gefängnisdirektors bei schlechter Führung der Gefangenen unterbleiben. Aber es steht dem Gefangenen eine Appellation an das Ministerium zu.

— Ein allgemeines Versicherungsgesetz wird geplant, dessen Entwurf im nächsten Frühjahr dem Storthing zugehen soll. Alle Männer und Frauen der sechs untersten Einkommenklassen sollen in eine allgemeine Versicherungs-

Halle a. S. Leipzigerstraße 87. **Kaufhaus H. Elkan.** Halle a. S. Leipzigerstraße 87.

Verkaufshaus grössten Stils für Mode-, Manufakturwaren, Damen- u. Kinder-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderoben, Damen-Putz, Posamenten, Kurzwaren u. Schuhwaren.

150 Winter-Damen-Jacketts von 4.50 bis 15 M.

Krimmer-Kragen in allen Ausführungen 6, 8, 10 bis 26 M.

Mädchen-Jacketts in allen Größen von 2.50 M. an.

Winter-Mäntel p. Stück 10, 15, 20, 25 M., unter Preis.

Damen-Blusen in allen Größen von 1.20 M. an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218981109-15/fragment/page=0005

kasse einen bestimmten Prozentsatz ihres gesamten Einkommens zahlen. Die Pension im Alter und im Falle der Invalidität soll gewisse Prozente des Jahreseinkommens betragen. Man nimmt an, daß die Versicherungsprämie 2 Proz. des Einkommens betragen wird. Der fehlende Teil wird durch Staatszuschüsse aufgebracht werden müssen.

Vor zwanzig Jahren.

Die Münchener Post schreibt.

Am 31. Oktober 1878 erschien an der Spitze des damaligen Münchener Partei-Organs Der Zeitgeist folgende Ankündigung:

„An unsere Leser! Mit der heutigen Nummer nimmt der Zeitgeist Abschied von seinen Freunden. Unser guter Vorsatz, das neue Gesetz zu respektieren, hat leider nicht verhindern können, daß die gestrige Nummer konfisziert wurde. Das Verbot des Weitererscheinens wäre somit bevorstehend. Die Verlagsfirma zieht es vor, freiwillig das Erscheinen des Zeitgeistes zu sistieren, sich das Verlagsrecht an demselben vorbehaltend. Mögen die Freunde des Zeitgeists diesem, sowie der guten Sache ein treues Andenken bewahren. Das ist unser letzter Wunsch! Volksbuchhandlung von Pröbstl u. Komp. Franz Roleder."

Am 2. November 1878 erschien dann das offizielle amtliche Verbot des Zeitgeists. Die Arbeitervereine wurden auf aufgelöst, ihr Vermögen und Inventar konfisziert, die lustige Sozialistenhatz begann und Schnüffler, Denunzianten und Polizeispitzel feierten Triumphe. München hatte wie andere Städte seine Hochverratsprozesse, aber auch als ganz besondere Spezialität seinen — Gehret Michel!

Man glaubte, die Sozialdemokratie für alle Zeiten erdrosselt zu haben. Das war ein Irrtum, den auch Gehret Michel vor seinem Tode mit Schrecken wahrnehmen mußte.

Die Sozialdemokratie ging aus dem gegen sie mit den giftigsten und verwerflichsten Mitteln geführten Riesenkampfe als Siegerin hervor und in der Grube liegen alle jene „Helden", die sich berufen fühlten, dem „Ungetüm" Sozialismus den Kopf zu zertreten.

Weiter erinnert die Münchener Post an den letzten Münchener Geheimbundsprozeß, der während des Sozialistengesetzes — vor nunmehr zehn Jahren — gegen Parteigenossen angestrengt wurde. Die Verhandlung fand am 26. und 27. Oktober 1888 statt und richtete sich gegen Parteigenossen und eine alte Frau. Auf der Anklagebank saßen unter anderen unser alter Birk, sowie dessen Sohn Kaspar Birk, ferner Ignaz Auer und der alte Max Stiffel. Unter den Zeugen der Staatsanwaltschaft befanden sich sieben Polizeikommissäre, unter denen der Beklagten die Genossen Bebel und Singer-Berlin. Der eigentliche Held des Tages war der Polizeikommissar Gehret, als Gehret Michel weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt. Als Kronzeuge oder, wie die Angeklagten in der Verhandlung sagten, als „Fürstenzeuge" fungierte der Polizeispitzel Heinrich Fürst, der aus dem Gefängnis vorgeführt wurde, wo er sich wegen gewaltthätigen Mißbrauchs eines 12jährigen Mädchens befand. Die von Gehret nach den Angaben seiner Hintermänner, deren Namen verschwiegen blieben, erstattete und ungeheuer aufgebauschte Anzeige schrumpfte jedoch mehr und mehr zusammen, je ärger Gehret als Zeuge von den Angeklagten und ihren Rechtsbeiständen in die Enge getrieben wurde. Die Vernehmung dieses Hauptzeugen dauerte nicht weniger als 5½ Stunden und ließ den Eindruck zurück, als gehörte der Polizeikommissar Gehret wegen falscher Anschuldigung und Verletzung seines Diensteides auf die Anklagebank. Sagte doch der Rechtsanwalt Bernstein in seiner Verteidigungsrede: „Herr Kommissar Gehret hat doch einen Diensteid geleistet und unter diesem alles geschrieben (Anzeigen und Protokolle. D. R.) was nicht wahr ist."

Auch Genosse Auer ging mit Gehret-Michel rücksichtslos und scharf ins Gericht. Er nannte ihn einen absolut unzuverlässigen Zeugen und geißelte die Art der Anzeige-Erstattung unerbittlich. Der Staatsanwalt Kaisenberg hielt nichtsdestoweniger die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantragte für Auer 1 Jahr, für Birk 9 Monate und für die übrigen Angeklagten 6 und 3 Monate Gefängnis. Die alte Frau sollte mit 14 Tagen davon kommen.

Das Urteil lautete jedoch für sämtliche Angeklagte auf Freisprechung. Das Gericht schenkte den „Vertrauensmännern" Gehrets keinen Glauben.

Die Angeklagten waren frei, aber moralisch verurteilt war Gehret-Michel, der politische Schnüffler und Angeber, und mit ihm das ganze System, dem er diente. Gehret starb bald darauf und Leute, die es wissen können, behaupten, daß ihm nicht einmal von der Polizei eine Thräne nachgeweint wurde. Es mochte auch für diese kein Vergnügen sein, daß ihr ehemaliges Mitglied nun im Volksmunde der Meineid-Michel genannt wurde.

Soziales.

— In der Zuchthausära kommt beim Unternehmertum der Appetit mit dem Essen. Zur Kennzeichnung der Dreistigkeit gewisser Leute veröffentlicht der Vorwärts folgende Berliner magistrats-offiziöse Mitteilung:

Ein Gesuch des Arbeitgeberbundes, in den Verträgen der Stadtgemeinde mit Unternehmern eine Bestimmung gegen die Nachteile des Streiks aufzunehmen, ist nach Beschluß des Plenums der städtischen Baudeputation unter Vorsitz des Stadtrats Voigt einer Kommission zur Vorberatung überwiesen worden.

Es wird sich ja hoffentlich bald herausstellen, ob die städtischen Behörden den Zunftbrüdern und Baulöwen zu Gefallen gegen die Arbeiter offenkundig Partei ergreifen und damit das Vertrauen der Einwohnerschaft leichtfertig verscherzen wollen. Wäre keine Neigung vorhanden, mit den Zuchthausschwärmern zu liebäugeln, so hätte die Baudeputation das Verlangen des Arbeitgeberbundes kurzer Hand ablehnen müssen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom Montag, den 7. November, nachmittags 4 Uhr.
Vorsteher: Dittenberger.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß der Stadtverordnete Maschinenfabrikant Weise in einem Schreiben bekannt gebe, aus Gesundheitsrücksichten genötigt zu sein, sein Mandat niederzulegen. Dem Schreiben ist ein ärztliches Attest beigefügt, nach welchem Herr Weise an einer Lungenentzündung leidet und im kommenden Winter der Schonung bedarf. Der Vorsitzende bedauert, auf die Mitarbeiterschaft dieses Kollegen verzichten zu müssen.

Eine Petition bezüglich der Fleischverteuerung wurde der Petitionskommission überwiesen, nachdem Ober-Bürgermeister Staude erklärt hatte, daß sich auch der künftige Städtetag mit der Angelegenheit befassen werde. Sodann wurde das Protokoll der Sitzung vom 31. Oktober verlesen, genehmigt und dann in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1: **Die Beratung** über die Abänderung des Reisekosten-Regulativs wird fortgesetzt, und ohne weitere wesentliche Abänderungen wurde dann das Regulativ ziemlich so, wie vorgelegt, beschlossen. Stadtv. Albrecht beantragt, das neue Regulativ mit dem nächsten Etatsjahr — 1. April 1899 — und nicht, wie vorgeschlagen, am 15. November in Kraft treten zu lassen, worauf der Stadtv. Welsch entgegnet, daß das neue Regulativ geschaffen sei, um die Reisekosten zu verbilligen. (!!) Er habe ja allerdings von einer Verbilligerung der Reisekosten nichts gemerkt, aber wenn es einmal auf die Stadtkasse billiger wirken soll, dann ist es auch nötig, daß das Regulativ sofort in Kraft tritt. Stadtv. Albrecht erwidert, daß er ebenfalls nicht gefunden habe, daß das Regulativ billiger auf den Stadtsäckel wirken könne; darauf komme es ihm bei der Inkraftsetzung aber nicht an, sondern nur auf die bessere Regelung.

Die Versammlung beschloß, das Regulativ mit dem 15. November in Kraft zu setzen.

Hierauf ging aus der Mitte der Versammlung folgender, von den Stadtv. Krüger und Albrecht unterzeichneter Initiativantrag ein:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft sämtlichen hiesigen Zeitungen, welche darum antragen, die amtlichen Inserate und Bekanntmachungen zu denselben Bedingungen, wie dem jetzigen Amtsblatt zuzuweisen und die entsprechenden Mittel im nächsten Etat vorzusehen. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß er die Angelegenheit zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung bringen werde.

Punkt 2: **Zwei Assistentenstellen bei der Steuer-Verwaltung** werden errichtet und zwar mit dem Anfangsgehalt von je 1500 Mark gegen Wegfall von 2000 Mark Diäten für Hilfsarbeiter.

Punkt 3: **Eine weitere Assistentenstelle** bei der Schul-Verwaltung wird in eine Stelle der Gehaltsklasse Ib umgewandelt. Bemerkt wurde, daß wegen der Verwendung eines älteren Assistenten der finanzielle Effekt höchstens in einem Mehr von 100 M. bestehen wird.

Punkt 4: **Sechs weitere Polizeisergeanten-Stellen** sollen auf Antrag des Magistrats zum 1. Oktober 1899 neu gegründet und zu diesem Zwecke in den Haushaltsplan für 1899 folgende Beträge eingesetzt werden:

Gehalt 6 × 650 = 3900 M., Kleidergeld 6 × 37.50 = 225 M., zusammen 4125 M. Zur Begründung des Antrags wird vom Referenten Stadtv. Billing auf die Ausführungen der Ober-Polizei-Inspektion, die eine Vermehrung der Polizei im Interesse der Ruhe und Ordnung für nötig hält, hingewiesen. Es ist auch die Errichtung eines 6. Polizei-Reviers in Aussicht genommen, wobei auf die Einverleibung der Vororte Bezug genommen ist.

Stadtv. Krüger erachtet die Errichtung von 6 Polizei-Sergeantenstellen für überflüssig, da die Einverleibung der Vororte noch lange nicht so weit gediehen sei. Natürlich werde wie gewöhnlich gesagt, die Polizei sei notwendig, damit Ruhe und Ordnung herrsche. Es möge aber nicht vergessen werden, daß auch da Ruhe und Ordnung herrsche, wo die Pickelhaube nicht immer da hinterstehe. In Erwägung zu ziehen sei auch, daß die Polizei-Sergeanten häufig mit Arbeiten belegt werden, die ganz zwecklos erscheinen. Was machen die Polizeibeamten bloß immer in den vielen Versammlungen und was werden sie wohl in ihrem Protokoll nach Hause bringen. Oberbürgermeister Staude entgegnet, die Einverleibung der Vororte habe mit der Vermehrung der Polizei nichts zu thun und daß er mit dem, was der Vorredner angeführt habe, nicht einverstanden sein könne und nicht darauf einzugehen brauche, das werde wohl die Versammlung empfinden. Die Versammlung stimmte dem Antrage des Magistrats mit großer Majorität bei.

Punkt 5: **Die Auskunftsstelle** der Armenverwaltung, die im Jahre 1892 nur probeweise errichtet worden ist, wurde zu einer definitiven umgewandelt.

Punkt 6: **Im Arbeiterversicherungs-Bureau** wird eine neue Sekretärstelle mit dem Anfangsgehalt von 1800 M. eingesetzt, dafür soll aber der Hilfsarbeiterfonds um 1000 M. gekürzt werden.

Punkt 7: **Die Errichtung von zwei Assistentenstellen** für das Einwohner-Meldeamt, wurde für dringend notwendig erklärt. Stadtv. Baurat Brünecke trat energisch dafür ein mit dem Hinweise, er habe mit dem Einwohner-Meldeamt böse Erfahrungen gemacht. Als er eines Tages eine Sendung vom Auslande erhalten, worauf die Wohnung nicht deutlich genug verzeichnet gewesen, da habe das Einwohner-Meldeamt bei der Auskunftserteilung gesagt: „Adressat hier nicht genügend bekannt." Die Sendung sei dann zurückgegangen, jedoch nach genauerer Angabe der Adresse richtig eingetroffen. Die Versammlung beschloß die Errichtung jener Assistentenstellen mit dem Anfangsgehalt von je 1500 M.

Punkt 8: **Für das Siechenhaus** wurden die Mittel zu 28 Doppelfenster bewilligt.

Punkt 9: **Die Herstellung eines Thonrohrkanals** auf der Nordseite der Friedenstraße mit Anschluß an den Merseburgerstraßenkanal wurde beschlossen.

Punkt 10: **Von der Pachtrevisionsverhandlung** des Landgutes Gimritz vom 15. Juli d. J. wird Kenntnis genommen.

Punkt 11 fällt aus.

Punkt 12: **Ueber die Vermehrung von Beamtenstellen** erstattet Stadtv. Dr. Keil Bericht und meinte, eine durchgreifende Verbesserung sei sofort nicht durchzuführen. Es seien bei der Stadt jetzt ca. 60 Hilfsarbeiter thätig, die einen Durchschnittsgehalt von je 1000 Mark bezögen. Bei eventuellen Streitfällen mit solchen Beamten könnten Zweifel entstehen, ob diese Hilfsarbeiter pensionsberechtigt sind oder nicht. Stadtv. Krüger weist darauf hin, daß früher vom Magistrat 12 neue Assistentenstellen verlangt, aber vom Kollegium abgelehnt wurden. Jetzt versuche man so nach und nach die Assistentenstellen bewilligt zu bekommen. Nachdem nun den Herren Bürgermeistern außer ihrem bisherigen Gehalt noch je zwei Diätargehälter zubewilligt worden, sei den unteren Beamten auch eine Aufbesserung zu gönnen. Wenn aber lauter Beamte fest angestellt werden, dann müsse man auch darauf achten, daß sich diese Beamten nicht etwa mit anderen Sachen als die ihres Amtes sind, beschäftigen, was aber aus einer jüngst veröffentlichten Erklärung des Kriegervereins Germania in der Saale Zeitung nicht hervorzugehen scheine. Es heißt es, daß es wunderlich erscheine, daß eine Veröffentlichung früher im General Anzeiger erschien, als wie eine die betreffende Sache einschließende mit „von Holly" unterzeichnete polizeiliche Verfügung dem Vorstande der Germania zuging. Man dürfe annehmen, daß die Sache nur unter einer offenbaren Verletzung der Amtspflicht in die Zeitung gebracht wurde. Es dürfe etwa nicht ein Beamter sich das Recht herausnehmen, das Amtsblatt extra zu unterstützen oder zu bevorzugen. Entgegnet wurde auf diese von Krüger erteilte Lektion nichts; der Rest war — auch am Magistratstische — Schweigen.

Punkt 13: **Die Errichtung einer Kassiererstelle** bei der Stadthauptkasse wird neu gegründet und dem Inhaber derselben als Entschädigung für Kassenverluste der Betrag von 600 M. jährlich gewährt werden.

Punkt 14: **Die Errichtung einer Assistentenstelle** bei der Steuerkasse mit dem Anfangsgehalt von 1500 M. wird ebenfalls beschlossen.

Punkt 15: **Desgleichen eine neue Assistentenstelle beim Stadtsekretariat.**

Punkt 16 fällt aus.

Punkt 17: **Die Legatenzinsen** der Schmidtschen Stiftung, 1125 M., werden an acht private Armen-Institute verteilt.

Punkt 18: **Das Kuratorium des Leihamtes** empfiehlt, den Taxator des Leihamtes, Goldarbeiter Müller, mit Rücksicht auf dessen gute Bewährung vom 1. April 1899 ab definitiv anzustellen und in die zweite Beamtenklasse mit einem Anfangsgehalt von 1500 M. einzurangieren. Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 19: **Der Finalabschluß für das Armenwesen** betr. des Rechnungsjahres 1897/98 liegt zur Kenntnisnahme vor. Es wird um Genehmigung der bei verschiedenen Kapiteln stattgehabten Ueberschreitungen im Gesamtbetrage von 18233.38 M. ersucht. Die Versammlung beschließt die Nachbewilligung.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Eine unangenehme Ueberraschung wurde am Abend des 29. Juli dem Gendarm Lutterbüse aus Giebichenstein zu teil, als er den Arbeiter Gorgas, der eine längere Strafe zu verbüßen hatte, verhaften wollte. Gorgas stand zwischen 7 und 8 Uhr mit mehreren Personen an dem Demmerschen Gondelstand vor der Saalschloßbrauerei und unterhielt sich dort mit den Gondelführern. Als Gendarm Lutterbüse plötzlich schnellen Schrittes auf den Trupp zukam, sprang Gorgas mit einem Freunde in eine Gondel und fuhr in demselben Augenblicke ab, als der Hüter des Gesetzes seinen Arm nach Gorgas ausreckte. Die Umstehenden lachten, worauf Lutterbüse den Gondelführer Koch aufforderte, sofort eine Gondel bereit zu machen, um dem Gorgas nachfahren und festnehmen zu können. Koch weigerte sich aber, eine Gondel zur Verfügung zu stellen und entgegnete dem Gendarmen: „Das kann ich nicht, da Herr Demmer gesagt hat, ich soll während seiner Abwesenheit nicht vom Stande weggehen." Ein anderer Gondelführer verweigerte dem Gendarm ebenfalls das Geleit und so geschah es dann, daß Gorgas zum Leidwesen des Beamten durch die Lappen ging. Die Anklagebehörde erblickte in dem Verhalten des Koch eine Uebertretung des § 360 Abs. 10 des Str.-G.-B., da er verpflichtet gewesen sei, bei der „gemeinen Gefahr und Not" der Aufforderung des Beamten Folge zu leisten, da keine eigene erhebliche Gefahr für ihn bestanden habe. Zeuge Lutterbüse meinte, jene Personen, die am genannten Tage um den Angeklagten standen, gehörten dem Lattcherstande an. Er nehme an, daß dem Koch bekannt gewesen sei, daß er den Gorgas verhaften wollte. Der Angeklagte sei verpflichtet, sämtliche Beamte der Polizei unentgeltlich überzusetzen, wenn Not vorhanden sei. Der Amtsanwalt beantragte im Interesse der öffentlichen Ordnung 5 M. Geldstrafe ev. 1 Tag Haft. Der Angeklagte behauptete, nicht verpflichtet gewesen zu sein, den Lutterbüse zu gondeln, da ihm untersagt worden sei, während Demmers Abwesenheit den Stand zu verlassen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte die Situation sofort erkannt hat und meinte, der Dolus gehe aus dem Lächeln des Angeklagten über Gorgas Entkommen am genannten Tage hervor. Koch wurde wegen genannter Uebertretung zu 3 M. Geldstrafe ev. 1 Tag Haft verurteilt.

Grundlose Anklagen. Wegen Uebertretung der Ortspolizei-Verordnung vom 4. September 1897 (Veranstaltung einer Lustbarkeit ohne polizeiliche Genehmigung) waren angeklagt: Fabrikarbeiter Keckmann, Schlosser Meeseberg, die Maurer Klipisch und Jauer, sowie der Gastwirt Gustav Scholze, sämtlich aus Beesen bezw. Ammendorf. Die erstgenannten vier Angeklagten sind Vorstandsmitglieder des Gesangvereins Beesen und hatten am Sonntag, den 24. Juli, einen sog. Familienabend im Lokale des Scholze insceniert. Es wurden komische und Gesangs-Vorträge zum besten gegeben; ein Leierkasten war auch zur Stelle. Der Saal war gut besetzt und Entree ist nicht erhoben worden. Ein paar Mädchen und ein Dienstknecht hatten Tanzlust bekommen und in irgend einem Winkel des Saales — denn fast der ganze Raum war mit Tischen und Stühlen bestellt — ein Tänzchen gedreht. Natürlich hatten die 3–5 Personen dabei nicht an die polizeiliche Genehmigung gedacht und das Tanzbein „wider Gesetz und Ordnung" geschwungen. Das sollte nun heute gerichtlich geahndet werden, weshalb die fünf Angeklagten und die nötigen Zeugen aus Beesen und Ammendorf hierhercitiert waren. 24 Stunden vor dem Stattfinden sollten die Angeklagten das „Tanzvergnügen" bei der Ortspolizeibehörde angemeldet haben und das war nicht geschehen. Die ganze Beweisaufnahme bezüglich des Tanzvergnügens fiel in nichts zusammen. Eine Zeugin sagte: „Wir haben uns ein paarmal herumgedreht und dann war es fertig." Ein Knecht hatte in derselben Ecke getanzt, worin der Vorstand nichts besonderes Polizeiwidriges erblickt hatte. Der Amtsanwalt verzichtete nach der Vernehmung einiger Zeugen auf die weitere Beweisaufnahme und beantragte Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Das Gericht erkannte demgemäß, da von einem öffentlichen Tanzvergnügen im vorliegenden Falle nichts erwiesen sei. Belastungszeuge war derselbe Gendarm Bock, der im Maifeierprozeß eine so bemerkenswerte Rolle spielte.

Der Verkauf von denaturiertem Branntwein muß nach dem Gesetz betreffs der Besteuerung des Branntweins vierzehn Tage vor dem Verkaufe bei der Orts-Steuerbehörde angemeldet werden, wie aus der Sache des Lagerhalters Reinhold Kretschmann vom Konsumverein zu Brachstedt zu entnehmen war. Der wegen einer diesbezüglichen Uebertretung Angeklagte war geständig und wurde dem Strafantrag gemäß zu 5 M. Geldstrafe ev. 1 Tag Haft verurteilt.

Aus dem Reiche.

München. Hat Dr. Sigl Prügel bekommen oder nicht? Er schreibt selbst in seinem Vaterland:

„Der Nürnb. Ztg. wird von hier geschrieben: „Dieser Tage wurde Dr. Sigl, nachdem er in einem Weinlokal weidlich über die Juden geschimpft, beim Heimgehen erbärmlich durchgeprügelt." — So prahlt der polnische Orientale Jakob Schulhoff in hiesigen Wirtshäusern herum, daß er der Tapfere gewesen sei, der den Dr. Sigl „geprügelt" habe! Wenn man sich das Exterieur dieses Helden ansieht, könnte man so was immerhin für möglich halten. In Wirklichkeit ist das eine dumme Erfindung des polnischen Orientalen, dessen Kadaver wenn er je den Versuch gemacht hätte, den Dr. Sigl auch nur „anzutippen", heute ungefähr aussähe, wie eine Schützenscheibe nach dem Oktoberfest. Die Renommisterei kostet ihm nichts, da er zu einer Klage dem Dr. Sigl doch zu — fettig ist."

Dem Dr. Sigl scheint die Renommisterei auch nichts zu kosten. Aber die Prügel scheint er weg zu haben. Das beweist vorstehende Quittung.

Stuttgart. In Fritlingen wurde ein 5½jähriges Mädchen von einem durch den Ort geführten Bären mit Tatzen und Zähnen so bearbeitet, daß es schwer verletzt darniederliegt.

Dresden. Warum er klebt! Daß der Mann mit der weißen Weste und den vielen Ehrenämtern, Hofrat Ackermann, trotz allem, was vorgefallen ist — zuletzt mit seinem schwindlerischen Sohne Horst — immer noch nicht seine Aemter niedergelegt hat, was selbst seine bisherigen antisemitischen Freunde verlangen, wird darauf zurückgeführt, daß er für seinen zweiten Sohn Paul auf den mit 18000 Mark bezahlten freien Bürgermeisterposten in Dresden spekuliert.

Quittung.

Für Parteizwecke:

Von S. K., Harz 51, 1 M. — Gr.

Zum Fonds des Volksblattes:

Von einer Geburtstagsfeier 0.50 M. — Gr.

Briefkasten der Redaktion.

A. St. in H. Wenn der zweite Verurteilte seinen Anteil an Kosten nicht bezahlt hatte, konnte der Betrag allerdings von Ihnen mit eingezogen werden. Geben Sie aber Ihre Beschwerde auf Ihrem Amtsgericht zu Protokoll.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 5. November.

Aufgeboten: Der Krankenwärter Johannes von Parpart und Hulda Bäwich (Hagenstraße 7 und Alt-Scherbitz).

Eheschließungen: Der Holzbildhauer Mühlich und Emma Erbse (5. Vereinsstr. 2). Der Stadtbahnwagenführer Kilian und Lina Gebicke (Ackerstr. 4 und Obergebra). Der Bautechniker Schoch und Ida Buttstedt (Fritz Reuterstraße 3 und Wuchererstraße [illegible]). Der Bahnarbeiter Herrmann und Anna Bauer (Gr. Brauhausstraße 11 und Steg [illegible]). Der Zimmermann Rohnstein und Marie Hebel (Kühler Brunnen [illegible] und Saalberg [illegible]). Der Kaufmann Schmidt und Elsbeth Gans (Osterwieck und Thalamtstraße [illegible]). Der Tuchfabrikant Bieger und Marie Stein (Finsterwalde und Leipzigerstr. 17). Der Kaufmann Abmeyer und Anna Bartz (Charlottenstraße 4 und Magdeburgerstraße [illegible]). Der Stenograph Hoffmann und Anna Riemer (Jenkerstraße 6 und Mansfelderstraße [illegible]). Der Schmied Messenschmidt und Ida Gerlach (Keilstr. 2 und Magdeburgerstr. [illegible]). Der Kutscher Stecher und Rosa Barthel (Bahnhofstr. 8 und Bahnhofstr. 24). Der Ziegelarbeiter Schneider und Marie Weblan (Bolschwitz und Dessauerstraße 18). Der Polizeisergeant Hänisch und Bertha Lerche (Streiberstr. 1).

Geboren: Dem Reg.-Bauführer Theuerkauf eine T. (Gütchestr. 14). Dem Droschkenbesitzer Gottschalk eine T. (Mittelwache 6). Dem Fabrikarb. Hesse eine T. (Schloßstraße 1). Dem Fleischermeister Bogus eine T. (Landwehrstr. 21). Dem [illegible] Winkler eine T. (Entb.-Inst.).

Gestorben: Des Zimmermanns Gottrein S., 4 Jahre (Schwetschkestr. 9). Des Arbeiters Albert Ehefrau Emilie geb. [illegible], 34 Jahre (Klinik). Des Schuhmachermeister Petzold Tochter, ein Jahr (Streiberstraße 10). Die Arbeiterin Hedwig [illegible] (Klinik). Des Arbeiters Dietrich S., 7 Monate (Städt. Kinderasyl).

Giebichenstein, vom 2. bis 4. November 1898.

Aufgeboten: Der Sergeant Heinrich Diete und Emilie Bröbel (Halle und Kreisstraße 10).

Geboren: Dem Kutscher Erfurth eine T. (Reilstraße 56). Dem Schlosser Jahn eine T. (Große Brunnenstr. 45). Dem [illegible] eine T. (Kreisstr. [illegible]). Dem Handarbeiter Friedrich ein Sohn ([illegible]). Dem Brauer Gärtner eine Tochter (Wittekindstr. 28). Dem Maurer [illegible] ein Sohn ([illegible]).

Gestorben: Die Witwe Rosalie [illegible] geb. [illegible], [illegible] Jahre (Kreisstraße 27a). Des Maler Schmidt S., 3 J. ([illegible] 15).

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible] in Halle.

[illegible] Kaspar Groß in Halle [illegible]